

Fakten und Argumente



Foto: Reuters

Wir sind mitten in der Offensive, wir stoßen Diskussionen an und setzen Themen.

Merkel: Die **CDU** steht mit beiden Beinen auf der Erde

Vom „Kleinen Parteitag“ der CDU am 20. November in Stuttgart soll ein eindeutiges Signal ausgehen.

„Ich will,“ – sagt die Parteivorsitzende – „dass die Menschen erkennen: Die CDU redet nicht über unsere Köpfe hinweg. Die CDU steht mit beiden Beinen auf

der Erde. Die CDU ist auf der Höhe der Zeit. Die CDU weiß, woher sie kommt. Die CDU weiß, was sie will, wohin sie will und warum sie es so und nicht anders macht.“

Das Ziel: Wahlsieg 2002. Angela Merkel: „Wenn wir uns auf unserem Kurs nicht beirren lassen, erreichen wir es.“



Bildungsvorsprung für Deutschland

Kleiner Parteitag der CDU

Stuttgart, 20. November

„KLEINER PARTEITAG“ IN STUTTART

ANGELA MERKEL:
DIE ÄRMEL HOCHKREMPELN,
FLEISSIG ARBEITEN UND DIE
MENSCHEN BEGEISTERN

Seite 3–13

Die CDU ist wieder da“ – „Startsignal für Kampf um die Macht“ – „Merkel sagt Schröder den Kampf an“: So lauten die Schlagzeilen in den Tageszeitungen am Dienstag. Der „Kleine Parteitag“ in Stuttgart hat die Bildungspolitik auf die Tagesordnung gesetzt. Gleichzeitig aber hat die Parteivorsitzende dem Kanzler und seiner Politik ein unmissverständliches Zeugnis ausgestellt: „Es reicht, Herr Schröder!“

FRIEDRICH MERZ:
IN ZWEI JAHREN MUSS DER
ROT-GRÜNE SPUK IN BERLIN
BEENDET SEIN

Seite 14–22

„Bericht über die Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion“ – was der Satzung nach als Tätigkeitsbericht vorgesehen ist, hat Friedrich Merz zu einer Abrechnung mit Rot-Grün nach zwei Jahren „chaotischer Politik“ im Berliner Kanzleramt genutzt. Sein Fazit: „Wir wollen bereits im nächsten Jahr zeigen, dass es für diese Politik in Deutschland keine Mehrheit mehr gibt.“

LAURENZ MEYER:
JETZT DIE GRUNDLAGEN FÜR
DIE KAMPAGNENFÄHIGKEIT
IM JAHR 2002 LEGEN.

Seite 23–27

„Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung!“ – mit diesen Worten beendete Laurenz Meyer seine Rede in Stuttgart. Die Delegierten quittierten die Bitte mit einem eindrucksvollen Vertrauensbeweis. 99 von Hundert bestätigten ihn als neuen Generalsekretär der CDU. Laurenz Meyer: „Lasst uns gemeinsam alles tun, damit die heute noch unterbewertete Aktie CDU in ihrem Wert wieder steigt.“

ANNETTE SCHAVAN:
AUFBRUCH IN DIE LERNENDE
GESELLSCHAFT – MOTOR
UND QUELLE FÜR
WETTBEWERBSVORTEILE

Seite 29–35

Einstimmig hat der „Kleine Parteitag“ die neuen bildungspolitischen Leitsätze der CDU beschlossen. Die Einführungsrede zur Diskussion hat die stellvertretende Parteivorsitzende und baden-württembergische Kultusministerin gehalten. Annette Schavan: „Wir lassen Kinder und Jugendliche in unserer Gesellschaft nicht im Stich. Wir setzen die Signale für eine bessere Bildungspolitik.“

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Proftülich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ANGELA MERKEL:

Die Ärmel hochkrempeln, fleißig arbeiten und die Menschen **begeistern**

Es ist wieder Zeit für eine Zwischenbilanz. Unser Parteitag in Essen war der Parteitag des Aufbruchs. Mit unseren Veranstaltungen zum 3. Oktober in der Adenauer-Stiftung, bei der Debatte im Deutschen Bundestag und bei unserem Festakt am 1. Oktober mit Helmut Kohl unter dem Motto „Zehn Jahre eine CDU für ein Deutschland“ haben wir gezeigt: Die Menschen in Ost und West sind die Gewinner der Geschichte – dies lassen wir uns auch nicht nehmen –, die CDU ist und bleibt die Partei der deutschen Einheit.

Jetzt ist die Hälfte der Legislaturperiode vorüber; es ist also Halbzeit. Wir, liebe Freunde, sind mitten in der Offensive. Wir stoßen Diskussionen an – jeder spürt das –, wir setzen Themen und arbeiten an uns selbst. Damit arbeiten wir für Deutschland. Wir erfüllen das Versprechen, das wir nach der Niederlage 1998 gegeben haben: Unseren Kompass fest im Blick erneuern wir uns, damit Deutschland sich wirklich erneuern kann.



Es reicht,
Herr Schröder

Dabei wäre es doch eigentlich gar nicht so schwer. Unser Land hat eine stolze Geschichte seit 1949. Unser Land ist in Frieden und Freiheit wieder vereinigt. Unser Land hat großartige Menschen. Aber unser Land hat nicht die Regierung, die es verdient.

Vor allen Dingen haben die Menschen nicht die Regierung, die sie verdienen.

REDE DER PARTEI-
VORSITZENDEN
AUF DEM „KLEINEN
PARTEITAG“ IN
STUTTART AM
20. NOVEMBER

Das muss sich ändern, und das wird sich ändern, und zwar 2002. „Basta, Herr Schröder!“, wird es dann heißen: „Basta!“

Deshalb will ich, und deshalb wollen wir alle, dass von dem heutigen Tag ein eindeutiges Signal ausgeht. Ich will, dass die Menschen erkennen: Die CDU redet nicht über un-

sere Köpfe hinweg. Die CDU steht mit beiden Beinen auf der Erde. Die CDU ist auf der Höhe der Zeit. Die CDU weiß, woher sie kommt. Die CDU weiß, was sie will, wohin sie will und warum sie es so und nicht anders macht. Und die CDU führt Debatten nicht aus reinem parteipolitischen Selbstzweck. Wir führen die Debatten, weil sie uns ein Anliegen sind. Dabei lassen wir uns von niemandem vorschreiben, welche Debatten wir wann für richtig halten, auch nicht von Gerhard Schröder.

Ich sage Ihnen dies ganz persönlich: Ich habe mich nach 35 Jahren, die ich in der DDR gelebt habe, nicht auf die Freiheit in der Bundesrepublik gefreut, um mich anschließend von Leuten wie Schröder und Co. bevormunden zu lassen, um mir von ihnen den Mund verbieten zu lassen, indem sie sagen, wann ich mit wem worüber sprechen darf. Das kann Schröder vielleicht mit seiner Partei machen, eventuell auch noch mit seinem Koalitionspartner, aber mit uns nicht und mit den Menschen in Deutschland mit Sicherheit auch nicht.

Wir als CDU werden den Menschen in Deutschland eine Stimme geben; denn in der Politik hat es immer und zuallererst um die Menschen

zu gehen. Deshalb will ich, dass die Menschen, die uns heute zuhören und zusehen, sagen: Ja, die CDU ruht sich nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit aus, sie klopft sich nicht ständig auf die Schulter, sondern nimmt diese Erfolge, diese Gewissheit als Fundament, um sich selber weiterzuentwickeln. Sie arbeitet an dem, was Deutschland wirklich braucht. Das werden wir mit diesem Kleinen Parteitag am Beispiel der Bildungspolitik wieder unter Beweis stellen.

Baden-Württemberg ist Spitzenland

Kaum ein Ort scheint mir dafür geeigneter zu sein als Stuttgart, als Baden-Württemberg. Baden-Württemberg ist – wir haben es heute schon gehört – in allem ein Spitzenland, wobei ich mir als Norddeutsche eine kritische Bemerkung erlaube: Ich glaube, Sie haben Recht, wenn Sie sagen: Wir können alles außer Hochdeutsch.

Ich weiß auch nicht, lieber Erwin Teufel, ob sich dies jemals ändern wird. Man soll im Leben nie Nie sagen. Deshalb aber, lieber Christoph Böhr, freue ich mich, dass ich im Wahlkampf ab und zu auch einmal nach Rheinland-Pfalz komme. Dort bekomme ich

zumindest sprachlich etwas „Erholung“.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber Spaß beiseite, liebe Freunde! Das war es dann eigentlich auch schon; denn ansonsten kann Rheinland-Pfalz doch nur neidisch sein auf Baden-Württemberg. Auch hier zeigt sich: Es ist eben nicht egal, wer gerade regiert. Denn Baden-Württemberg ist ein Spitzenland, und wann immer es Vorbildliches zu berichten gibt, fällt der Name Baden-Württemberg. Lieber Erwin Teufel, das ist ganz entscheidend Ihr Verdienst. Dafür möchte ich Ihnen an dieser Stelle auch ganz persönlich im Namen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands danken. Wir sind stolz auf Sie.

Christian Wulff hat gerade schon etwas verschämt gesagt, unter Einschluss von Bayern sei Baden-Württemberg immer Spitze. Ich glaube, man kann eine ganze Reihe von Gebieten nennen, auf denen es einen Wettbewerbsföderalismus gibt und auf denen Baden-Württemberg wirklich Spitze ist. Das tut den Bayern gut, das tut den Menschen in Baden-Württemberg gut. Deshalb sage ich: Es ist nicht so schlimm, wenn es mit dem Hochdeutsch nicht so

klappt. Wenn es auf allen anderen Gebieten klappt, sind wir glücklich und froh. Deshalb wünsche ich Ihnen alles Gute im Wahlkampf.

Es ist Zeit für einen Wechsel in Rheinland-Pfalz

Weil es eben nicht egal ist, wer in welchem Land die Regierung stellt, muss sich in Rheinland-Pfalz etwas ändern, liebe Freunde. Es ist Zeit für den Wechsel. Christoph Böhr muss Ministerpräsident werden. Lieber Christoph Böhr, ich verspreche Ihnen, dass die gesamte Christlich Demokratische Union Sie in Rheinland-Pfalz bei Ihrem Wahlkampf unterstützen wird, damit es zu diesem Wechsel kommt.

Warum eigentlich ist Baden-Württemberg so gut? Baden-Württemberg ist so gut, weil hier eine Politik gemacht wird, die beständig ist und gleichzeitig immer weiter strebt, weil hier eine Politik gemacht wird, die unserem Bild vom Menschen entspricht. Die CDU ist dem christlichen Menschenbild verpflichtet. Wir wissen und wir freuen uns, dass die Menschen unterschiedlich sind, dass sie verschiedene Fähigkeiten und Fertigkeiten haben. Politisches Handeln hat

dabei eine Aufgabe, nämlich dazu beizutragen, dass diese Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen sich so entwickeln können, dass jedem einzelnen die Teilhabe an den Entwicklungen der Gesellschaft möglich ist.

Damit dies gelingt, muss die Politik zunächst einmal die Wirklichkeit richtig beschreiben. Wir brauchen eine ehrliche Bilanz darüber, wo Deutschland steht und was Deutschland wirklich braucht. Es helfen eben die besten Floskeln von „Innovation und Gerechtigkeit“ oder „Sicherheit im Wandel“ nichts, wenn der Ausgangspunkt nicht stimmt. Der Ausgangspunkt, also der oberste Grundsatz unseres Handelns, muss sein: Ehrlichkeit schafft Gerechtigkeit. Ehrlichkeit schafft auch Gewissheit: Gewissheit darüber, wie die Aufgaben in unserer neuen Zeit angegangen werden müssen, aber auch Gewissheit darüber, wie sie bewältigt werden können. Ehrlichkeit schafft Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert.

Höchstleistungen durch freies Denken

Wohin es führen kann, wenn man sich ehrlicher Bilanzen verweigert, wenn

man die Wirklichkeit einfach ignoriert, zeigt ein Blick zehn Jahre zurück. Ich habe die Wende 1989/90 in Ostberlin hautnah erlebt. Als die Rufe nach Freiheit, die wir damals gehört haben, erschollen sind, habe ich mich oft gefragt: Warum gerade jetzt? Warum konnte dies nicht 1959, 1969 oder 1979 zum Erfolg führen? Warum hat es bis Ende der 80er-Jahre gedauert, bis der Sozialismus in der DDR, im ganzen Osten zusammengebrochen ist? Für mich liegt eine der wesentlichen Ursachen im Übergang von der Industriegesellschaft Anfang letzten Jahrhunderts zur Informations- und Wissensgesellschaft, die Mitte der 80er-Jahre begann. In dem Moment, in dem Informationstechnik und Digitalisierung auf dem Vormarsch waren, waren Sozialismus und Kommunismus im Osten auf der Verliererstraße. Denn es konnte nicht zusammengehen: Auf der einen Seite sollten die Menschen durch eigenständiges und freies Denken Höchstleistungen erbringen, auf der anderen Seite sollten sie beim Verlassen des Arbeitsortes diktatorische Mechanismen akzeptieren und ihr Denken ausschalten. Deshalb konnte ein geschlossenes System, wie es das so ge-

nannte kommunistische Weltsystem nun einmal war, unter den neuen ökonomischen Bedingungen von Digitalisierung und Globalisierung, von grenzenlosem Informationsaustausch nicht überleben.

Natürlich steht die Bundesrepublik Deutschland heute nicht vor einem Zusammenbruch wie die DDR 1989. Aber auch wir in Deutschland haben keinen Rechtsanspruch auf dauerhaftes Wirtschaftswachstum. Die Mechanismen, die das Ende der Planwirtschaft ausgemacht haben, verändern auch unsere heutige Gesellschaft. Sie haben damit auch Auswirkungen auf die wirtschaftliche Ordnung der Freiheit in unserem Land, auf den Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft. Nur wer sich dem wirklich stellt, und zwar mit einem inneren Kompass, der wird die Zukunft meistern.

Frieden ohne Freiheit ist kein Frieden

Wenn man das weiß und anerkennt, dass dies richtig ist, dann ist man immer wieder entgeistert, dass die Debatte darüber, was wichtiger ist, der Frieden oder die Freiheit, auch heute noch nicht ganz ausgestanden zu sein

scheint. Wir haben dies gerade wieder bei der Debatte zum 10. Jahrestag der Deutschen Einheit erlebt. Ein Frieden ohne Freiheit ist kein Frieden. „Wir wählen die Freiheit“, hat Konrad Adenauer immer wieder betont. Das ist auch unsere Marschroute für das 21. Jahrhundert. Freiheit ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für Entwicklung.

Die Freiheit ist ein ganz entscheidender Kern unseres Wertekanons, dessen, was unser Land ausmacht und wonach sich die Menschen im Osten jahrzehntelang gesehnt haben. Übrigens: Wir haben damals nicht gerufen: Deutschland – einig Grundgesetz. Wir im Osten haben gerufen: Deutschland – einig Vaterland. Das war auch richtig so.

Es ist den Sozialisten in der DDR – das ist eines der interessantesten Beispiele der Geschichte – nie gelungen, uns das Zusammengehörigkeitsgefühl in Ost und West, die Bindung, die Nähe, das Bewusstsein, zu einer gemeinsamen Nation zu gehören, auszutreiben. 1968 hat man in die DDR-Verfassung geschrieben: Die DDR ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation. Schon 1974 hat man gesagt, das könne man nicht so stehen lassen und daraus ge-

macht: Wir sind ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Aber die Menschen haben es bis 1989 nicht vergessen: Wir waren eine gemeinsame Nation, wir sind eine gemeinsame Nation. Als Nation gehen wir auch in das vereinigte Europa; das wird so bleiben.

Wenn die Schröder-Regierung dieses Gefühl weiter in eine reaktionäre Ecke stellt, stellt sie sich selbst ein Armutszeugnis aus und steht im Abseits.

Eine neue Steigerungsform: öde, öder, Schröder

Ich frage mich immer wieder: Warum schreien die Sozialdemokraten eigentlich so auf, wenn wir über unser Verhältnis zu unserer Nation, über unser Vaterland nachdenken? Warum verbeißen sich weite Teile der Schröder-Regierung so sehr in den Begriff Leitkultur? Warum sind sie unfähig, sich an der notwendigen Debatte zur Lage der Nation angemessen zu beteiligen? Denjenigen, die die Einheit abgelehnt haben, fehlt in diesem Bereich die Orientierung; dort herrscht eine dürftige Gefühlswelt vor. Man muss einfach sagen: Auf diesem Gebiet zeigt sich

bei Schröder eine geistige Wüste. Mir scheint, hier gilt eine neue Steigerungsform: öde, öder, Schröder. Das muss man einfach so sagen, liebe Freunde.

Eigentlich ist es bedauerlich, dass – offensichtlich ist es so weit gekommen – ich und wir die Sozialdemokraten heute daran erinnern müssen, wofür Willy Brandt 1972 im Bundestagswahlkampf mit einem Plakat und seinem Foto geworben hat. Der Slogan „Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land“ stand darauf. Liebe Freunde, heute würde Schröder Menschen, die dies sagen, am liebsten in die rechte Ecke stellen. Das werden wir nicht zulassen; denn die Sozialdemokraten selbst waren hier schon einmal weiter. Ich sage dies in allem Ernst: Es gibt den Versuch, uns auf breiter Front zu isolieren und in eine Ecke zu stellen, uns aus der Mitte zu verdrängen. Ich sage von hier aus: Die CDU ist die große Volkspartei der Mitte und wird sich daraus auch nicht verdrängen lassen, auch nicht von einer Bundesregierung, die immer wieder diesen Versuch unternimmt.

Wir spüren es alle: Deutschland ist Teil einer sich rasant verändernden Welt. Die EU-Osterweite-

rung, also die Vereinigung Europas, die Globalisierung und die technologische Revolution sind die Rahmenbedingungen unseres Landes zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Es ist im Übrigen nicht erst eine Erfindung des 21. Jahrhunderts, sondern es war schon immer so, dass sich die Menschen bei Veränderungen Haltepunkte in ihrem Leben gesucht haben, sei es die Familie, sei es die Religion oder die Heimat, kurzum: Maßstäbe, an denen wir uns orientieren. Es ist doch auch nur eine Binsenwahrheit, wenn ich sage: Nur wer sich selbst annimmt, kann auch andere annehmen. Wer all dies einfach als altmodisch abtut, ist entweder ignorant oder arrogant. In jedem Fall wird er politisch scheitern.

Ein schmaler Grat zwischen Einfalt und Einfach

Scheitern wird er auch, wenn er bei einem so wichtigen Thema wie der Zuwanderung glaubt, dies auf dem Weg zu einer größeren Messe wie der Cebit mit einem Schnellschuss à la Green Card angehen zu können. Dazu kann ich nur sagen: Zwischen dem Einfalt auf der einen Seite, der

Green Card, und der Einfalt bezüglich eines ganzen Themas ist ein elendig schmaler Grat. Herr Schröder droht dabei abzustürzen; denn er hat kein System.

Liebe Freunde, wenn wir es uns genau überlegen, können wir feststellen: Wir sind die einzige Partei, die das gesamte Feld im Blick hat und sich zu Folgendem bekennt: Wir sagen Ja zu einer gesteuerten Zuwanderung, wir sagen Ja zu einer Eindämmung des Asylmissbrauchs und wir sagen auf der Grundlage eines Konzeptes von Jürgen Rüttgers Ja zur Integration.

Nur wer diese drei Teile beieinander hält, der hat die Chance, nicht an den Menschen vorbeizureden, die Anforderungen des 21. Jahrhunderts zu erkennen und trotzdem die Probleme in unserem Lande zu lösen. In diesem Sinne arbeiten wir und arbeitet die Zuwanderungskommission von Peter Müller. Wir werden dies zu einem erfolgreichen Gesamtkonzept zusammenführen. Wir befinden uns da auf einem guten Weg.

Dazu ist es unumgänglich, die Diskussion, die Friedrich Merz mit der Frage nach einer Leitkultur in Deutschland angestoßen hat, die Diskussion also um die Maßstäbe, die unser

Land zusammenhalten, auch wirklich aktiv zu führen. Ich will, dass diese Diskussion einen Sinn über die Tagespolitik hinaus hat. Das wird dann der Fall sein, wenn wir den Rahmen dieser Debatte erweitern, wenn wir das Ziel dieser Debatte bestimmen. Das Ziel ist ein Land, das selbstsicher ist, das im Bewusstsein seiner Vergangenheit offen, tolerant und neugierig ist und das sich in die Zukunft und in den Wettbewerb mit unseren Nachbarn in Europa und in der Welt aufmacht. Das wollen wir schaffen.

Soziale Marktwirtschaft – die Ordnung unserer Freiheit

Um in diesem Wettbewerb bestehen zu können, müssen wir die wirtschaftliche Ordnung unserer Freiheit, die Soziale Marktwirtschaft, weiterentwickeln. Wir müssen die neuen Kräfte unserer neuen Zeit für die Menschen nutzen. Ich bin überzeugt: Nur die CDU, die die Soziale Marktwirtschaft eingeführt hat, ist auch in der Lage, die Soziale Marktwirtschaft zur Neuen Sozialen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln.

Das Ziel ist klar: eine Politik für die Menschen. Die

Voraussetzung dafür ist ebenso klar: Standortentscheidungen müssen für und nicht gegen Deutschland getroffen werden, so wie wir es in Baden-Württemberg an vielen Stellen erleben. Dabei müssen wir uns mit einigen einfachen, aber zum Teil noch nicht ausreichend bekannten Wahrheiten auseinandersetzen. Eine solche ist zum Beispiel folgende: Wenn Unternehmen nicht bei uns entstehen, entstehen sie woanders auf der Welt. Deshalb brauchen wir ein gesellschaftliches Klima, das die Gründung eines Unternehmens anerkennt. Deshalb muss Schluss sein mit den Neiddebatten. Deshalb muss Schluss damit sein, zwischen Unternehmen und Unternehmern zu unterscheiden. Deshalb müssen wir Unternehmen, die bereits einmal gescheitert sind, eine zweite Chance geben. Wir brauchen eine neue Kultur der Selbstständigkeit, liebe Freunde.

Noch 41 Tage Zeit, um mit der Ökosteuer Schluss zu machen

Was macht die Bundesregierung? Die Bundesregierung macht gegenwärtig genau das Gegenteil von dem, was gebraucht wird.

Nehmen wir nur das Beispiel Ökosteuer: Wir werden nicht locker lassen, bis die Bundesregierung endlich aufwacht und ihre Ökosteuer abschafft. Diese Ökosteuer ist in vielen Bereichen nichts weiter als eine K.O.-Steuer. Schröder kann hundertmal schreien, dass unsere Aktion gegen seine K.O.-Steuer ein Aufruf zur Nötigung ist. Bald wird er sagen, dieser Aufruf sei unanständig. Denn er gebraucht dieses Wort sehr gerne. Aber ich stelle fest: Es ist ein Ausdruck der Arroganz, wenn Schröder nicht versucht, endlich einzulenkten. Der Countdown läuft, Herr Bundeskanzler: 41 Tage noch bis zur nächsten Erhöhung der Ökosteuer am 1. Januar 2001 – wenn es nach Schröder geht. 41 Tage noch, um endlich Schluss mit dieser Abkassiererei in Deutschland zu machen – wenn es nach den Menschen in unserem Lande geht. Wir werden uns auf die Seite der Menschen stellen und für die Abschaffung dieser Ökosteuer kämpfen, liebe Freunde.

So wie wir eine neue Kultur der Selbstständigkeit und der sozialen Partnerschaft wollen, so wollen wir in der Neuen Sozialen Marktwirtschaft auch ein umfassendes Bekenntnis zum Wettbe-

werb, und zwar Wettbewerb dort, wo früher staatliche Leistungen normal waren, zum Beispiel bei der Bahn und der Post, auf dem Energiesektor und in der Abwasser- und Wasserversorgung. Es soll also Wettbewerb in vielen Bereichen entstehen.

Ich erinnere daran, dass Herr Eichel in diesem Jahr aufgrund der Versteigerung der UMTS-Lizenzen 100 Milliarden DM einstreichen konnte. Das ist nicht seiner Finanzpolitik zu verdanken, sondern der Tatsache, dass wir 1994 die Post privatisiert haben.

Es gab nur zwei Ministerpräsidenten, die dieser Privatisierung damals im Bundesrat nicht zugestimmt haben: Das waren Eichel und Schröder. Auch daran muss man erinnern, wenn es um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands geht, liebe Freunde.

Weil wir in Zukunft Wettbewerb vermehrt auch im Bereich der sozialen Sicherungssysteme brauchen, deshalb sagt die CDU Ja zu einer neuen Säule der Rentenversicherung, zur freiwilligen kapitalgedeckten Vorsorge. Wir wissen, dass wegen der Höhe der Lohnnebenkosten die Arbeitgeber zu diesem Bereich keinen Beitrag leisten können. Neue Soziale

Marktwirtschaft heißt aber: Wir lassen die Menschen mit dieser Aufgabe nicht im Stich. Deshalb haben CDU und CSU gemeinsam dafür gekämpft, dass es eine steuerliche Förderung und Zuschüsse für diese kapitalgedeckte Vorsorge gibt. Wir haben vor allen Dingen darum gekämpft, dass diejenigen, die Kinder erziehen, hier in besonderer Weise durch eine Kinderkomponente unterstützt werden. Auch das ist soziale Politik im 21. Jahrhundert.



Wir wollen keinen Gesundheits-Sozialismus à la Fischer

Wir wissen: Im Gesundheitswesen werden in Zukunft Wahlleistungen an Bedeutung gewinnen. Wir wollen, dass alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Frau Fischers Budgetierung aber führt auf kaltem Wege zur Ausgrenzung. Ich persönlich habe es erlebt, wie es ist, wenn nicht jeder jedes Medikament bekommt: In der DDR wurde man in Nomenklaturkaderkategorien eingeteilt. Westmedikamente bekamen nur diejenigen, die zur Nomenklaturkader C gehörten.

Genau aus diesem Grunde haben wir genug

von dem Gesundheitssozialismus von Frau Fischer und Herrn Schröder, den diese durch die Hintertür einführen. Ich will keinen Gesundheitssozialismus. Ich will Gesundheit für alle statt Sozialismus von Rot-Grün.

Wenn wir uns einmal die arbeitsrechtlichen Regelungen anschauen, die Rot-Grün jetzt plant, dann kann ich dazu nur feststellen: Dies alles sind Maßnahmen, die total an den Bedürfnissen des Standortes Deutschlands vorbeigehen. Wir brauchen keine Erweiterung der Mitbestimmungstatbestände im Betriebsverfassungsgesetz. Dies ist ein falsches Signal für mehr Arbeitsplätze in Deutschland.

Das heißt nicht, dass wir uns von dem Gedanken der sozialen Partnerschaft in den Betrieben verabschieden. Wo die betriebliche Ebene an Bedeutung gewinnt, wo wir flexibler sein müssen, wo sicherlich auch der einzelne Arbeitnehmer sehr viel selbstständiger wird, da muss man darüber nachdenken, wie man die soziale Partnerschaft richtig auf das 21. Jahrhundert umstellt. Aber mit Sicherheit sind Gießkannenmethoden und eine flächendeckende Mitbestimmungsausweitung nicht der richtige Weg, um hier das Erforderliche zu tun.

Zudem sage ich: Der generelle Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit in den Betrieben in Deutschland, wie er von Rot-Grün jetzt geplant wird, der müsste in der Wirtschaft zu einem Aufschrei führen. Er führt zumindest bei uns zu einem Aufschrei. Ich frage einfach einmal die Wirtschaft: Warum eigentlich sagt die Wirtschaft nach den Neuregelungen zum 630-Mark-Gesetz und zur Scheinselbstständigkeit und nach der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und dem geplanten Rechtsanspruch auf Teilzeit nicht: „Herr Schröder, auch Sie müssen einmal damit rechnen, dass wir uns aus dem Bündnis für Arbeit angesichts dessen verabschieden, dass es kein richtiges Bündnis für Arbeit ist, sondern ein Bündnis für diejenigen, die Interessen vertreten, die letztendlich nicht die Arbeitsplätze in Deutschland fördern“? Das muss die Wirtschaft, und zwar vom Handwerk bis zum BDI, auch einmal laut und deutlich für alle vernehmbar feststellen.

Bildung – Zugang zu Wohlstand und Teilhabe

Der entscheidende Rohstoff der Neuen Ökonomie ist das so genannte Human-

kapital. Wir haben ja für alles heute die richtigen technischen Begriffe. Aber das heißt ja nichts anderes, als dass dieser Rohstoff der Mensch mit seinem Wissen ist. Weil das so ist, wissen wir: Mehr als jemals zuvor – das ist heute schon gesagt worden – ist die Bildung der Zugang zum Wohlstand und zur Teilhabe in unserer Gesellschaft. Wollen wir in Deutschland besser leben und besser sein als andere? Wenn das so ist, dann brauchen wir gegenüber anderen Ländern einen Bildungsvorsprung. Genau aus diesem Grund ist das das Motto unseres Kleinen Parteitag. Wir gehen damit in unserer programmatischen Erneuerung einen Schritt weiter. Auf dem letzten Kleinen Parteitag haben wir über die Familienpolitik gesprochen. Heute sprechen wir über die Bildungspolitik. Da werden nicht einfach nur Fakten benannt. Das bedeutet vielmehr die Fähigkeit, sich die richtigen Informationen zu beschaffen, sie einzuordnen und sie zu bewerten. Eine völlig neue Form des Lehrens und Lernens wird unser Bildungssystem der Zukunft bestimmen.

Wir haben heute früh bei einem Besuch in der Siemens-Schule hier in Stutt-

gart einen ersten Eindruck davon bekommen, was sich in der Bildungswelt in den letzten Jahren bereits verändert hat. Ich kann nur feststellen: Wir können stolz sein auf die jungen Menschen in diesem Land, die sich den Herausforderungen in vollem Enthusiasmus stellen und bereit sind, sich darauf einzustellen. Wir müssen ihnen die dafür erforderlichen Strukturen geben. Die gibt es in CDU-regierten Ländern. Deshalb sollte es mehr CDU-geführte Länder geben, damit die Jugend in diesem Lande eine Zukunft hat.

Dank an Annette Schavan

Liebe Annette Schavan, ich möchte dir ganz herzlich danken, dass du mit deiner Kommission die Vorbereitungen zu diesem Kleinen Parteitag getroffen hast. Ich habe soeben gelernt, dass die Tatsache, dass der Herr Ministerpräsident von „dem Kultusminister“ gesprochen hat, nur Ausdruck dessen ist, dass es in Baden-Württemberg noch keine geschlechtsneutrale Sprachregelung gibt. Dies ist ein Versehen der Frauenpolitik. „Der Kultusminister“ kann deshalb sehr gut eine Frau

sein. Also, liebe Annette Schavan, herzlichen Dank.

Nachhaltigkeit, das ist ein Prinzip, das wir aus der Umweltpolitik kennen und das mit Sicherheit Einzug in alle Politikbereiche finden muss. Künftige Generationen in unserem Land – dies sage ich Ihnen angesichts unserer demographischen Situation voraus – brauchen politische Weichenstellungen für und nicht gegen die Jugend. Deshalb ist das Thema Rentenreform ein Thema von sehr elementarer Wichtigkeit für die richtigen Weichenstellungen in unserem Land. Wir brauchen die Förderung von denjenigen, die die Zukunft darstellen. Deshalb muss die Rentenreform von Herrn Riester trotz aller Zustimmung zum Grundsatz einer neuen Säule der privaten kapitalgedeckten Vorsorge dem Anspruch der Generationengerechtigkeit entsprechen; sonst werden wir einer solchen Reform nicht zustimmen.

Was wir von Herrn Riester und von Herrn Schröder – und Schröder ist Bundeskanzler und ist für die Politik dieses Sozialministers verantwortlich – an verschiedenen Faktoren und Entwürfen bis jetzt zu sehen bekommen haben, ist eine einzige Schande. Soll es denn wirklich richtig sein,

dass zwischen dem Jahr 2010 und dem Jahr 2030 zum Schluss 21 verschiedene Rentenniveaus in Deutschland Gültigkeit haben? Immer, wenn jemand früher in Rente gegangen ist, hat er ein höheres Rentenniveau, so dass gerade dann, wenn Arbeitskräfte fehlen werden, im Jahre 2010, alle in Rente gehen und damit genau das Falsche tun werden. Einer solchen Rentenreform können wir nicht zustimmen.



Weniger als 10 Prozent wissen überhaupt noch Bescheid

Es ist auch eine Schande, dass nach Umfragen überhaupt nur noch weniger als 10 Prozent der Menschen darüber Bescheid wissen, welcher Vorschlag gerade auf dem Tisch liegt. 90 Prozent verstehen überhaupt nicht mehr, was gerade vorliegt.

Dass so viele Vorschläge gemacht werden, ist ein einziger Skandal, und man kann im Blick auf die Gültigkeit dieser Vorschläge nur sagen, dass die Lebensdauer einer Eintagsfliege fast schon rekordverdächtig ist. Meine Damen und Herren, so arbeitet die Bundesregierung!

Neue Soziale Marktwirtschaft, das wird auch bedeuten, dass unsere internationale Verantwortung größer wird. Wir werden einen internationalen Ordnungsrahmen von UNO, Welthandelsorganisation und anderen Institutionen brauchen, die dafür Sorge tragen, dass nicht nur wir die richtigen Möglichkeiten für Wohlstand für alle haben, sondern dass der Zugang dazu allen möglich ist. Ich glaube, die CDU tut gut daran, die Themen Entwicklungspolitik, internationale Umweltpolitik, die Einhaltung von Menschenrechten und die Einführung von sozialen und ökologischen Mindeststandards in den freien Handel auch als ihre Themen zu behandeln. Bei Rot-Grün sind sie verloren, deshalb haben wir eine Chance, und deshalb gehört dies zu unserem Bild von einer gerechten Ordnung der Welt.

Es wird immer klarer: Weder „Dritte Wege“ noch „Neue Mitten“ helfen weiter. Wenn heute Gerhard Schröder für die einen eine Steuerreform macht, aber nicht alle im Blick hat, wenn er auf der anderen Seite ein Sonderprogramm für Jugendliche im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit macht, gleichzeitig aber die jungen

Menschen in der Rentenversicherung betrügen will, wenn er für die eine Gruppe die Green Card einführt, sich aber nicht darum kümmert, was die anderen eigentlich unter Zuwanderung und Integration verstehen und an Lösungen haben wollen, dann, kann ich nur sagen, versündigt er sich an der Zukunft, weil er die Dinge nicht vom Grunde her behandelt.

Schröder legt den Aufschwung in Ketten

Gerhard Schröder legt auf diese Art und Weise den Aufschwung in Ketten. Er legt den Aufschwung im Namen eines falsch verstandenen Konsenses in Ketten, und ich kann alle, die an diesem Konsensreigen beteiligt sind, nur aufrufen, sich bei jedem Schritt genau zu überlegen, ob sie das Richtige für unser Land tun oder aber einen Beitrag dazu leisten, dass der Aufschwung nicht das bringt, was er für unser Land wirklich bringen könnte. Diesen Aufruf spreche ich in jede Richtung aus. Angesichts der Politik der Regierung Schröder bleibt es richtig, zu sagen: Liebe Freunde, wir brauchen wieder mehr Ludwig Erhard als Schröder Gerhard.

In Essen habe ich den Anspruch für unsere Gesellschaft formuliert. Ich habe gesagt, dass ich eine CDU will, die die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft unter globalen Bedingungen weiterentwickelt, die auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes biotechnische Entwicklungen bewertet, die der Generationengerechtigkeit bei der Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme zum Durchbruch verhilft, die für ein Europa der Bürger eintritt, die dem einzelnen Bürger Freiräume einräumt und dem Bürger dort, wo er den Staat braucht, den Schutz des Staates zur Verfügung stellt. Ich habe gesagt, dass ich eine CDU will, die ein Bekenntnis zur Nation, zur Heimat, zur eigenen Identität abgibt, die für ein tolerantes Deutschland eintritt, das sich nicht aufspielt und sein Licht nicht unter den Scheffel stellt, dass ich eine CDU will, deren Mitglieder selbstbewusst diskutieren und nach diesen Debatten in der Lage sind, klare Entscheidungen zu fällen.

Liebe Freunde, dieser Anspruch von Essen gilt. Wir sind dabei, ihn umzusetzen: mit einem Konzept zur Neuen Sozialen Marktwirtschaft, mit harten Ver-

handlungen zur Rentenreform, die in der Sozialstaatskommission von Christian Wulff vorbereitet wurden, mit einem Memorandum zur Bioethik, das Jürgen Rüttgers vorbereitet und das nach einem Kongress im Dezember verabschiedet werden soll, mit Wolfgang Schäubles Beitrag zu einem europäischen Verfassungsvertrag, mit Christa Thobens Konzept „Starker Bürger – starker Staat“, mit einer Diskussion um unser Selbstverständnis als Nation, die Friedrich Merz mit seinen Gedanken zur Leitkultur in Deutschland angestoßen hat, und mit der Arbeit für eine Parteireform, die maßgeblich von Ruprecht Polenz angestoßen wurde.

Wir haben die Vision einer Wir-Gesellschaft

Wir sind programmatisch weiter, als die SPD es jemals war. Wir, CDU und CSU, sind heute programmatisch weiter als alle anderen Parteien, und wir sind näher an der Wirklichkeit, näher bei den Menschen. Während die Sozialdemokraten auch in ihr neues Grundsatzprogramm den Begriff des demokratischen Sozialismus aufnehmen

wollen, haben wir die Vision einer Wir-Gesellschaft. Wir haben nie eine Politik für Klassen oder Schichten gemacht, und wir werden sie auch heute und in Zukunft nicht machen. Wir wollen keine Gesellschaft der falschen Einteilungen in Modernisierungsverlierer und Modernisierungsgewinner. Ich will eine Wir-Gesellschaft, die auf die aus den Veränderungen entstehenden neuen Schutzbedürfnisse antwortet und die jedermann neue Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten bietet.

Unserer ärgster Feind ist der mangelnde Glaube an uns selbst. Wenn wir weiter an den uns in Erfurt und in Essen gesetzten Themen arbeiten, wenn wir den Menschen zeigen, dass wir aus der Wahlniederlage 1998 die richtigen Lehren gezogen haben und das richtige Konzept für die Zukunft entwickeln, wenn wir Diskussionen führen und dabei auch abweichende Meinungen aushalten, ohne sie zu Autoritäts- und Loyalitätsfragen zu machen, dann ist die Lage klar, dann hat Schröder 2002 keine Chance. Wenn jemand wie Schröder von jetzt an nach dem Motto verfährt „Man macht nichts, damit man

länger an der Macht ist“, dann sage ich ihm: Wer in der Verantwortung steht und nichts macht, der gehört entmachtet, und das werden wir machen – basta, Herr Schröder.

Liebe Freunde, unsere nächsten Stationen auf diesem Weg sind die Wahlen in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg. Baden-Württemberg muss schwarz bleiben, lieber Erwin Teufel, und ich bin ganz sicher, es wird so sein. Rheinland-Pfalz muss schwarz werden, lieber Christoph Böhr, und ich bin überzeugt, auch das wird so sein.

Wenn Schröder sagt, er will sein Kabinett nicht umbilden, kann ich nur sagen, er soll ruhig noch eine Weile warten, warten bis zum 25. März, dann wird wieder ein Ministerpräsident frei, und den kann er ins Kabinett aufnehmen. Herr Beck steht dann zur Verfügung. Bis dahin kann er warten. Dafür, dass das klappt, lieber Christoph Böhr, werden wir sorgen.

Unser bundespolitisches Ziel: der Wahlsieg 2002

Wenn wir das alles bevorzugen, wenn wir uns auf unserem Kurs nicht beirren lassen, dann haben wir ein

ganz realistisches Ziel, und dieses realistische Ziel ist ein bundespolitisches Ziel. Es heißt Wahlsieg 2002. Dafür, liebe Freunde, lasst uns die Ärmel hochkrempeln, dafür lasst uns fleißig arbeiten, und lasst uns vor allen Dingen die Menschen in unserem Land dafür begeistern. Sie brauchen eine neue Politik, sie brauchen eine andere Politik, sie brauchen ein gutes Konzept. Wir haben es! Lasst uns das den Menschen sagen. Herzlichen Dank und frisch in den Kampf, liebe Freunde!

Schritt für Schritt

Eine große Volkspartei kann nicht ewig in Sack und Asche gehen. Sie muss eine jederzeit wählbare Alternative zur Regierung darstellen. Sonst verliert die Demokratie ihre Möglichkeit zur Korrektur. Und auch, wie man am Beispiel Klimmt sehen konnte, eine Regierung ihre Spannkraft. Angela Merkel versucht, die Union Schritt für Schritt zu reorganisieren. Langsam findet sie das Team, mit dem sie Politik gestalten will. Nach und nach geht die Partei die wichtigen Themen an. Zuerst Familie, nun die Bildung.
Berliner Zeitung

FRIEDRICH MERZ:

In zwei Jahren muss der rot-grüne Spuk in Berlin beendet sein

Im Namen der 245 Mitglieder lege ich Ihnen heute erneut den satzungsgemäßen Bericht über die Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor. Er ist zugleich ein Bericht zur Halbzeit der rot-grünen Bundesregierung.

„Blauäugig rein, kopflos drin, krachend raus – das Management der Personal-sache Klimmt war so kompetent wie die Landpomeranze nach der Führerscheinprüfung, die aus Versehen als Erstes ins Kessel-treiben eines großstädtischen Kreisverkehrs steuert. Am Ende ist erheblicher Sach- und Personenschaden zu verzeichnen.“ – so schreibt die Frankfurter Rundschau vor wenigen Tagen über Rot-Grün. Liebe Freunde, es wird in den jüngsten Tagen wieder überdeutlich: In zwei Jahren muss der rot-grüne Spuk in Berlin beendet sein!

Bis dahin haben wir noch viel Arbeit vor uns. Zu einer ehrlichen Betrachtung unserer heutigen Lage gehört, dass wir die Wahlen 1998 nicht verloren haben, weil Rot-Grün so gut war; wir ha-



ben sie verloren, weil wir nicht mehr gut genug waren. In zwei Jahren muss nicht nur erneut eine Regierung abgewählt werden. Es geht auch darum, einer neuen Regierung mit der Union neues Vertrauen zu schenken, und bis dahin müssen wir den Wählern glaubhaft vermitteln, dass wir die bessere Alternative sind.

Neben dem, was es auf-zuarbeiten und neu zu formulieren gilt, stellen wir einen enormen zusätzlichen Handlungs- und Entscheidungsbedarf fest:

- bei der „new economy“ und der Herausforderung von Internet und Globalisierung,
- bei der demografischen Entwicklung in unserem Land und deren Folgen für die Systeme der sozialen Sicherheit,

- bei den tiefreichenden gesellschaftlichen Veränderungen,
- bei den daraus entstehenden Konsequenzen für die Familien,
- bei der notwendigen Modernisierung unseres Bildungssystems,
- bei der Gewährung von Recht und Sicherheit für die Bürger,

**BERICHT DES
VORSITZENDEN DER
CDU/CSU-BUNDES-
TAGSFRAKTION
AUF DEM „KLEINEN
PARTEITAG“ AM
20. NOVEMBER
IN STUTT GART**

- bei der Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union,
- in der Außenpolitik im vereinten Deutschland, die unserer gewachsenen internationalen Verantwortung, aber auch unseren berechtigten Interessen gerecht werden muss.

Liebe Freunde, wir leben nicht mehr in den 50er und 60er Jahren, auch nicht

mehr in den 80er und 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Wir leben zu Beginn eines neuen Jahrtausends. Dies ist mehr als nur die Tatsache, dass Ludwig Erhard das Internet noch nicht kennen konnte. Partei und Fraktion müssen sich in wichtigen Fragen, gerade zu den vielen neuen Herausforderungen, grundlegend neu positionieren. Und wir dürfen uns dabei nicht täuschen: Dieser Prozess erfordert intensive, offene Diskussionen, aber auch die Bereitschaft zum Kompromiss und zur Gemeinsamkeit bei den erarbeiteten Positionen.

Ich will es noch deutlicher sagen: Wenn wir nicht jeden Tag die Fähigkeit unter Beweis stellen, uns gegenseitig solidarisch zu unterstützen, dann werden wir bei der Bundestagswahl 2002 kaum eine Chance haben zu gewinnen!

Im Deutschen Bundestag haben wir in den vergangenen Monaten wichtige und zum Teil neue Akzente gesetzt. Mit den Debatten über die Ökosteuer, über 10 Jahre Deutsche Einheit und über Fragen der Zuwanderung und der Integration haben wir in der Berliner Politik wieder die gleiche Augenhöhe mit der Regierung erreicht.

Innenpolitik/ Zuwanderung

Maßgeblich formuliert von meinem Stellvertreter Wolfgang Bosbach, haben wir ein umfassendes Papier zur Einwanderungspolitik und zur Integration der bei uns lebenden Ausländer erarbeitet. Die zentralen Fragen der Innen- und Rechtspolitik – das sind unsere Themen.

Es war richtig, das Thema Einwanderung und Integration nicht den politischen Rändern zu überlassen. Es war richtig, auch mit unbequemen Begriffen eine Debatte zu eröffnen. Rot-Grün ist in der Defensive, sie haben keine wirklichen Antworten, sie antworten allenfalls mit oberflächlichen Floskeln und dummen Redensarten.

Einwanderung und Integration sind Themen, die die Menschen in unserem Land stark bewegen. Wir brauchen Antworten darauf aus der Mitte der Demokratie. Und wir werden auch in Zukunft verhindern, dass sich die Bundesregierung anmaßt, zu entscheiden, worüber in diesem Land geredet werden darf und worüber nicht. Wer mit der PDS zusammenarbeitet, hat den Anspruch verloren, die

moralischen Kategorien der Politik zu bestimmen.

Wir kämpfen gegen jede Art von Extremismus – egal ob von rechts oder von links. Wir sind für die wehrhafte Demokratie, die aus mehr besteht als aus der Möglichkeit, verfassungsfeindliche Parteien zu verbieten. Wir wollen den starken Staat, der unsere Bürger schützt. Wir wollen mehr Sicherheit für unsere Bürger und nicht die nachlässige Behandlung von schweren Straftätern.

■ Wir begrüßen die Urteile der Strafgerichte, deren Urteile der Straftat auf dem Fuße folgen.

■ Wir sind für die Überwachung von sensiblen öffentlichen Plätzen durch Videokameras, um Straftaten besser verhindern zu können.

■ Wir sind für eine Änderung des Versammlungsrechts, damit Neonazis in Zukunft nicht mehr mit Fahnen und Symbolen durch das Brandenburger Tor ziehen können, Fahnen und Symbolen, die von uns niemand mehr sehen will.

Und deshalb fordern wir Rot-Grün auf, in der Innen- und Rechtspolitik endlich die wirklich wichtigen Themen anzupacken statt Poli-

tik ausschließlich für die Minderheiten in diesem Land zu machen.

Wir bieten Rot-Grün die Zusammenarbeit an im Kampf gegen jede Form des politischen Radikalismus und der politisch motivierten Gewalt. Aber wir lassen uns dabei nicht einseitig für politische Aktionsbündnisse der Linken missbrauchen. Wir haben nicht vergessen, welche politischen Gruppen es waren, die die Tabus gebrochen haben und in Deutschland vor rund 30 Jahren erst das Gewaltmonopol des Staates in Frage gestellt haben, dann Gewalt gegen Sachen und schließlich Gewalt gegen Personen versucht haben zu legitimieren. Wir sind es nicht zuletzt den Angehörigen der Opfer vor allem des linksextremistischen Terrors in Deutschland schuldig, daran immer wieder zu erinnern.

Wir müssen wieder über das Wertefundament unserer Gesellschaft sprechen. Unser Land und diese Gesellschaft ist geprägt und geformt von der christlich-abendländischen Kultur. Die Basis des Zusammenlebens der Menschen in unserem Land ist die gemeinsame Sprache, die Wertordnung unseres Grundge-

setzes, die gemeinsame Geschichte, gemeinsame Traditionen, Bräuche und Wertvorstellungen. Die „verspätete“ deutsche Nation tut sich bis heute schwer in ihrer Selbstfindung und in ihrem Selbstverständnis.

Wir waren Gründungsmitglied aller europäischen Verträge und sind und bleiben fester Bestandteil der Europäischen Union. Aber definieren wir uns nur noch im europäischen Kontext? Besteht Deutschland nach den Verheerungen zweier Weltkriege und den furchtbaren Jahren des Nationalsozialismus nur noch als Bestandteil der europäischen Nachkriegsordnung? Oder gibt es so etwas wie eine fortbestehende und zukunftsfähige eigene Identität auch unseres Landes, die selbstständig existiert, und auf die wir uns als Bürger dieses Landes noch berufen dürfen.

Wir müssen die rot-grüne Bundesregierung gerade deshalb jetzt zwingen, Farbe zu bekennen: Soll jeder Mann in dieses Land kommen können oder gibt es gewisse Anforderungen, die nicht nur die Gesellschaft selbst, sondern auch die Zuwanderer zu erfüllen haben? Wenn letzteres der Fall ist: Woran orientieren wir uns dabei als Gesetzgeber?

Reicht die deutsche Sprache plus Gesetzestreue aus oder gibt es mehr, was dieses Land, diese Nation auch in Zukunft im Inneren zusammenhält? Bekennen wir uns alle, Deutsche und Einwanderer, zur Verantwortung vor unserer Geschichte, mit ihren großartigen wie mit ihren schrecklichen Erfahrungen? Bleibt unsere gemeinsame Grundlage die deutsche Kultur, die eben nicht geprägt ist – wie Konrad Adames vor einigen Tagen zum Ausdruck gebracht hat – von dem „Ehrgeiz, um jeden Preis die Nummer eins zu sein,“ sondern von dem „ganz normalen Wunsch, ähnlich wie Engländer und Franzosen, im Blick auf seine Herkunft unverwechselbar zu sein“?

Wir dürfen uns die Debatte darüber nicht von denen untersagen lassen, die wieder die geistigen Verbotsschilder aufstellen und die Grenzen der political correctness neu abstecken.

Familien/Sozialpolitik

Zum unverzichtbaren Fundament unserer Wertordnung zählt die Familie. Wir halten es deshalb für eine verhängnisvolle Fehlentscheidung der rot-grünen Regierung, in Zukunft

gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften im wesentlichen den gleichen Rang einzuräumen wie der Ehe aus Mann und Frau. Wir haben einen Antrag in den Bundestag eingebracht und Vorschläge gemacht, wie man Diskriminierungen auch von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften im Alltag beseitigen kann. Aber für eine faktische Gleichstellung im Eherecht, im Familienrecht, im Steuerrecht und im Sozialrecht – dafür gibt es nicht nur keine Begründung. Diese Gleichstellung widerspricht zutiefst der Wertentscheidung unseres Grundgesetzes.

Wenn Rot-Grün dieses Gesetz durch den Bundesrat bringt, dann werden wir eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht ernsthaft prüfen. Wir müssen als Union eine klare und entschiedene Familienpolitik vertreten. Die demografische Entwicklung in Deutschland ist über Einwanderung allein nicht zu korrigieren. Wir müssen die Entscheidung für ein Kind leichter machen. Wir wollen den Menschen helfen, Verantwortung für Kinder zu übernehmen.

Dies ist für uns kein abstraktes Postulat. So wollen wir die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit für Eltern mit

Kindern verbessern. Beruf und Familie besser zu vereinbaren – damit helfen wir insbesondere jungen Frauen, die heute oft nicht mehr auf ihren Beruf verzichten wollen, für die der Beruf auch ein Stück Selbstbestimmung und Unabhängigkeit ist.

Wir wollen ein einheitliches Familiengeld, um Familien mit Kindern wirkungsvoller unterstützen zu können. 1 Million Kinder sind heute in Deutschland ganz oder zum Teil auf Sozialhilfe angewiesen. Warum nehmen wir uns nicht vor, den Familienleistungsausgleich in den nächsten 5 – 10 Jahren so auszugestalten, dass Familien und auch Alleinerziehende mit Kindern grundsätzlich nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen sind? Wir können es doch schon heute niemandem mehr erklären, dass das Kindergeld niedriger ist als die Bedarfsätze in der Sozialhilfe.

Eine solche Politik erfordert, dass wir uns mit den vorhandenen Mitteln unseres Sozialstaates auf die wirklich Bedürftigen konzentrieren. Eine solche Konzentration erfordert die Bereitschaft, alle Leistungen des Sozialstaates auf ihre Notwendigkeit und Effizienz hin zu überprüfen. Sozialpolitik –

dies ist für mich nicht nur Teil einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik, die die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Ausgleich bringt; Sozialpolitik für die wirklich Schwachen und Hilfsbedürftigen ist für uns auch Verpflichtung aus dem „C“ in unserem Namen, ist Hilfe für den Nächsten und damit zentraler Bestandteil unserer Identität als christlich-demokratischer Partei.

Arbeitsmarkt

Eine erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik, verstanden als Einheit und nicht als Gegensatz, bewährt sich am besten auf dem Arbeitsmarkt. Fast 5,5 Millionen Menschen sind in diesem Jahr offen oder verdeckt arbeitslos. Arbeitslosigkeit ist nach wie vor das bedrückendste gesellschaftspolitische Problem unseres Landes.

Andere Länder zeigen uns: es gibt kein Naturgesetz, wonach es auf Dauer hohe Arbeitslosigkeit geben muss. Es ist möglich, wieder Vollbeschäftigung zu erreichen. Die Arbeitslosenquote liegt in anderen Volkswirtschaften deutlich niedriger als bei uns: in den Niederlanden bei 3 %, in Dänemark und in den Vereinig-

ten Staaten bei 4 %. Dies können wir auch schaffen!

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat vergangene Woche sein Jahresgutachten vorgestellt. Darin beschreibt er die großen Beschäftigungschancen, die die sog. New Economy bietet. Wir alle wissen: die Arbeitswelt der Zukunft wird durch die neuen Informations- und Kommunikationsmedien dienstleistungsorientierter sein, durch mehr Kundenbetreuung, mehr Service, durch einen wachsenden Freizeit- und Unterhaltungssektor. Die Zukunft gehört vielen kleinen und mittleren Unternehmen, vielen Neugründungen, die in der Lage sind, flexibel zu arbeiten und schnell auf Nachfrageänderungen zu reagieren.

Und deswegen ist es die Aufgabe der Politik, die steuerlichen, sozial- und wirtschaftspolitischen Weichen so zu stellen, dass die Chancen der Arbeitswelt von morgen auch bestmöglich genutzt werden.

Es stellt sich daher schon die Frage, warum unser Land bei der Schaffung von Arbeitsplätzen im europäischen Vergleich im Jahr 1999 und auch in diesem Jahr einen so weit abge-

schlagenen Platz einnimmt. Kurzum: Warum hat bei uns in Deutschland die Zahl der Arbeitsplätze in den vergangenen zwei Jahren nicht wenigstens im europäischen Durchschnitt zugenommen? Wir hätten dann wenigstens 500.000 Arbeitsplätze zusätzlich.

Der Sachverständigenrat gibt auch die Antwort, warum dies so ist: Die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung geht in die völlig falsche Richtung! Erinnert sei an das 630 DM-Gesetz, an die überbürokratisierten Regeln zur Scheinselbständigkeit, an die erneute Regulierung beim Kündigungsschutz, die Schlechtwetterregeln, die erneute Regulierung der Märkte für Energie und Telekommunikation.

■ Die Bundesregierung muss sich sagen lassen, dass der von ihr beschlossene Rechtsanspruch auf Teilzeit für den Arbeitgeber den Abschluss von neuen Arbeitsverträgen zum unkalkulierbaren Risiko werden lässt.

■ Die Bundesregierung muss sich sagen lassen, dass ihre Überlegungen zum Betriebsverfassungsgesetz die Betriebsabläufe nicht flexibilisieren, sondern im Gegenteil weiter komplizieren, dass sie den

Handlungsspielraum der Unternehmen noch weiter einengen.

■ Die Bundesregierung muss sich vom Sachverständigenrat ins Stammbuch schreiben lassen, dass die von ihr betriebenen Einschränkungen bei den befristeten Arbeitsverhältnissen nicht dazu angetan sind, neue Arbeitsplätze zu schaffen, sondern bestehende Arbeitsplätze gefährden.

Wir müssen heute feststellen: Die Regierung, die vor 2 Jahren angetreten ist, den angeblichen Reformstau zu überwinden, sie ist nicht die Lösung unserer Probleme, sie ist selbst das größte Problem für Deutschland geworden.

Rente

Die zentrale Herausforderung der Sozialpolitik in den nächsten Monaten wird die Rentenreform sein.

Die aktuelle Lage beschreibt die Berliner Zeitung vor einigen Tagen ganz richtig mit den Worten: „Nie waren 18 Millionen Rentner und 30 Millionen Beitragszahler so verunsichert wie heute – nach mehr als zwei Jahren Regierungszeit Schröders.“ Ein Rentensy-

stem, das auf dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit aufbaut, muss die Lasten zwischen den Generationen gerecht verteilen. Der im Gesetzentwurf vorgesehene Ausgleichsfaktor bewirkt das genaue Gegenteil: er belastet die Versicherten um so stärker, je später sie in Rente gehen. Das kommt nicht nur einer Einladung zur Frühverrentung gleich, weil es sich nicht lohnt, länger zu arbeiten. Die Belastungen werden auch einseitig auf die jüngere Generation verschoben. Dieser sog. Ausgleichsfaktor von Herrn Riester gleicht überhaupt nichts aus, sondern schafft die Mehrklassengesellschaft unter den Rentnern.

Zusätzlich plant die Bundesregierung jetzt, die von uns zur Bedingung gemachte und von der Bundesregierung zugesagte private Vorsorge um ein Jahr zu verschieben – sie widerspricht damit allem, was in den Rentnerekonsensverhandlungen verabredet war, widerspricht allem, was die Bundesregierung selbst in ihren diversen Konzepten und Diskussionsentwürfen bisher für notwendig erachtet hat und widerspricht dem dringenden Handlungsbedarf, den der Altersaufbau unserer Bevölkerung der Politik zur Lösung aufgibt.

Durch die Politik der Bundesregierung, durch die Rücknahme unseres Rentenreformgesetzes 1999 mit dem überlegenen demographischen Faktor, ist bereits zu viel kostbare Zeit verloren gegangen. Eine weitere Verschleppung der Rentenreform dient einzig dem Ziel, – die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Frau Müller, hat dies vergangene Woche auch unumwunden zugegeben –, die Menschen über den Wahltag hinweg darüber zu täuschen, dass die Pläne zur privaten Altersvorsorge in jeder Hinsicht unzureichend und ungerecht sind.

Wir sagen deshalb hier klar und unmissverständlich: ohne grundlegende Verbesserungen in der Struktur des Rentenreformgesetzes und im Umfang der Fördermaßnahmen wird es eine Zustimmung der Unionsfraktion zu diesem Rentenkonzept nicht geben.



Gesundheitspolitik/ Pflege

Noch größere Anforderungen an eine moderne Sozialpolitik als die Rente dürfte die Gesundheitspolitik stellen. Auch in der Gesundheitspolitik gilt: Wir brauchen Reformen, um zu

bewahren, was Kern unseres Gesundheitssystems ist, so wie es die Union wesentlich geprägt hat: Jeder Mann und jede Frau muss auch in Zukunft unabhängig von Alter und Einkommen Zugang zu den modernen Behandlungsmethoden haben. Aber angesichts der demografischen Entwicklung ist ebenso klar: Wir brauchen eine grundlegende Reform, die auf Anreize zum Sparen für alle Beteiligten setzt. Dazu gehören Wahltarife ebenso wie Transparenz für die Patienten über die Kosten der Behandlung. Und dies ist etwas ganz anderes als Leistungen pauschal zu begrenzen. Medizinische Behandlung darf nicht danach fragen müssen, welche Budgets gerade vorhanden sind, sondern ausschließlich danach, welche Behandlung zum notwendigen richtigen Zeitpunkt erfolgen muss.

Rot-Grün verantwortet den Reformstau auf Kosten der Patienten. Und so kommt es bereits heute zur Zweiklassen-Medizin, weil gesetzlich Versicherte warten müssen, Behandlungen aus finanziellen Gründen verweigert werden, die Leistungserbringer bestraft werden, wenn sie mehr behandeln als im Plan vorgesehen. Wenn der Bundeskanzler dabei bleibt, dass alles dies keine grundlegende

Reform erfordert, dann werden wir ein weiteres wichtiges Thema gegen Rot-Grün für die kommenden zwei Jahre streitig stellen.

Bildungspolitik

Wie in der Sozialpolitik so brauchen wir Ordnungspolitik im Denken auch und gerade in der Bildungspolitik. Wenn die Soziale Marktwirtschaft den Menschen mit seinen Bedürfnissen, seinen Fähigkeiten und seinen Anlagen in den Mittelpunkt stellt, dann muss Bildung ein genuiner Bestandteil eines erneuerten Verständnisses von Sozialer Marktwirtschaft werden. Die Bildungspolitik muss zu einer tragenden Säule werden, zu einer Denknottwendigkeit, wenn wir über Soziale Marktwirtschaft reden.

Bisher hatten wir im Kern eine lineare Vorstellungswelt vom Bildungslebenslauf der Menschen. Zuerst kam in der Jugend die Ausbildung, dann als Erwachsener der Beruf und im Alter die Rente. Nun setzt sich langsam die Erkenntnis durch, dass die Zukunft viel mehr vom Wechsel zwischen Phasen der Ausbildung, der beruflichen Tätigkeiten, der Fortbildung, der Weiterbildung geprägt sein

wird. Die heute junge Generation wird durchschnittlich drei bis vier verschiedene Berufe in ihrem Arbeitsleben ausüben und jeweils zuvor erlernen müssen.

Das Wissen und die Innovationskraft der Gesellschaft wird in Zukunft entscheidend dafür sein, ob wir unseren wirtschaftlichen Wohlstand halten können. Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft muss Bildung ein zentrales Thema für die CDU sein. Wir haben uns deshalb mit der Bundestagsfraktion so weit wie dies möglich war in die Vorbereitung dieses wichtigen Parteitages der CDU eingebracht.

Zu einer wirklichen Bildungsoffensive gehört, dass die Bildungspolitik auch im Bund ernst genommen wird. Doch die Bilanz der Regierung zur Halbzeit ist ernüchternd. Das Versprechen, die Investitionen in Bildung und Forschung zu verdoppeln, ist schon lange ad acta gelegt.

Europapolitik

Wissen und Können, die Qualität der Ausbildung in unseren Schulen, in den Betrieben und an den Universitäten entscheidet auch über unsere wirtschaftliche

Zukunft im europäischen Binnenmarkt. Wir haben den Binnenmarkt gewollt und mit herbeigeführt. Wir bleiben davon überzeugt, dass der Euro die richtige und notwendige Fortsetzung und Vollendung des Binnenmarktprogramms in Europa ist.

Die anhaltende Schwäche des Euro im Außenwert, liebe Freunde, hat aber mittlerweile nicht mehr nur ökonomische Gründe. Mittlerweile dürften die politischen Gründe genauso schwer wiegen: Die Schwäche des Euro dokumentiert auch das fehlende politische Vertrauen in die Zukunft eines politisch geeinten Europas.

Die CDU war und ist die Europapartei. Wir haben die großen Richtungsentscheidungen der vergangenen Jahrzehnte mit auf den Weg bringen können: die Schaffung des europäischen Binnenmarktes, die Verträge von Maastricht und Amsterdam, die Einführung des Euro und die Beschlüsse zur Erweiterung um die neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa. Wir wollen auch den Erfolg der aktuellen Projekte auf der europäischen Tagsordnung.

Dies gilt sowohl für die institutionelle Reform als auch für die europäische Grundrechtscharta, die

beim Europäischen Rat in Nizza am 7. und 8. Dezember beschlossen werden sollen. Denn wir sind fest davon überzeugt: Die politische Integration Europas und die Erweiterung sind unverzichtbar für eine dauerhafte Friedens- und Freiheitsordnung auf dem europäischen Kontinent. Unsere Vorstellung von Europa im 21. Jahrhundert darf sich nicht auf einen erweiterten Binnenmarkt beschränken. Ein klarer Rahmen für die politische Integration und ein klarer Kurs in der europäischen Politik schafft Vertrauen bei unseren Wählern und wird auch den Wechselkurs des Euro wieder stärken.

So richtig dies alles ist, so unübersehbar ist auch, dass viele Bürger in Europa, auch in der Bundesrepublik Deutschland, die Erweiterung der Europäischen Union mit Skepsis betrachten, ein nicht unbeträchtlicher Teil lehnt sie sogar ab. Dies bedeutet: Wir müssen unsere Mitbürger auf dem Weg in das größere Europa mitnehmen. Wir müssen mit ihnen über die Chancen reden, die mit der Erweiterung verbunden sind, über die Erschließung neuer Märkte und die Sicherung von Arbeitsplätzen auch in Deutschland.

Die Erweiterung der Europäischen Union ist mit

Chancen und mit Risiken verbunden. Die neuen Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission verweisen auf die noch bestehenden Defizite – beim Aufbau der notwendigen Verwaltungsstrukturen etwa, bei der rechtlichen Anpassung oder beim Strukturwandel in der Landwirtschaft. Für einen großen Teil der Risiken der Erweiterung sind aber die Mitgliedstaaten selbst verantwortlich. Bis heute sind Beschlüsse zur Agenda 2000 nicht nachgebessert: Die Osterweiterung ist unterfinanziert, für notwendige Aufgaben im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik wurde keine Vorsorge getroffen; in der mittelfristigen Vorausschau bis zum Jahre 2006 bleiben die neuen Beitrittsländer unberücksichtigt; auf die Einführung der Kofinanzierung der Agrar-beihilfen wurde verzichtet, obwohl die gemeinsame Agrarpolitik in einer erweiterten Union auf dieses bewährte Finanzierungsinstrument wohl nicht verzichten kann.

Alle diese Mängel belasten den sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union und untergraben die Solidarität unter den Mitgliedstaaten. Und wir werden – dies sage ich vor allem auch an die Adresse der

Bundesregierung – über die Probleme vor der Erweiterung reden müssen, „Augen zu und durch“ wäre nicht nur für die Osterweiterung, sondern für die gesamte Europäische Union eine verhängnisvolle Strategie.

Europa ist dort stark, wo es sich auf die Aufgaben konzentriert, die im gemeinsamen Handeln der Europäer besser gelöst werden können als im nationalen Alleingang. Wir brauchen deshalb eine Neubestimmung der Aufgaben und Zuständigkeiten in Europa und für Europa. Wer die Menschen davon überzeugen will, dass ihre eigenen existentiellen Zukunftsinteressen ganz maßgeblich vom Erfolg der europäischen Einigung abhängen, muss Ja sagen zu einer europäischen Kompetenzordnung, in der die Zuständigkeiten und die Verantwortung von Europäischer Union, Nationalstaaten und Regionen eindeutiger geregelt sind als bisher. Im Interesse der Akzeptanz der europäischen Politik muss klar sein, welche Aufgaben künftig von der Europäischen Union und welche von den Nationalstaaten übernommen werden sollen. Und wir müssen auch darüber reden, welche Zuständigkeiten möglicherweise von Europa wieder auf die

nationale Ebene zurückverlagert werden können.

Neben dieser Neubestimmung der Aufgaben brauchen wir einen klaren Bauplan für die europäischen Institutionen, insbesondere für die Gleichgewichte untereinander. Unser Ziel ist ein europäischer Verfassungsvertrag, der die Grundsätze und Strukturen der Union zusammenfasst. Dazu gehören die der Gemeinschaft zugrundeliegenden Wertentscheidungen einschließlich der Grundrechtscharta; dazu gehört auch ein neues Gleichgewicht zwischen den europäischen Institutionen; und dazu gehört natürlich das Subsidiaritätsprinzip und eine präzise Beschreibung der europäischen Kompetenzen. Wir sind uns darüber im klaren, dass der Europäische Rat in Nizza diese Aufgaben noch nicht endgültig lösen kann. Aber er muss ein klares Signal setzen, in welche Richtung der Einigungsprozess weitergeführt werden soll.

Außenpolitik

Von uns Deutschen wird zu Recht erwartet, dass wir uns europäisch engagieren und bereit sind, dem Frieden in der Welt zu dienen. Dazu gehört Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit nicht

zuletzt in der Außenpolitik unseres Landes. Das Ergebnis nach zwei Jahren rot-grüner Außenpolitik aber ist enttäuschend und ernüchternd. International hat Deutschland an Ansehen, Einfluss und Glaubwürdigkeit verloren. Die Regierung hat die großen Chancen der deutschen Präsidentschaften in EU, WEU und G-8 weitgehend ohne eigene Initiativen verstreichen lassen. Die Bundeswehr steht auf dem Balkan im bisher schwierigsten Einsatz ihrer Geschichte – Rot-Grün verweigert ihr gleichwohl die notwendigen Mittel zur Modernisierung und zur Ausstattung, die die Bundeswehr dringend braucht!

Wie in der Europapolitik braucht deutsche Außenpolitik insgesamt klare Orientierung. Deutschland braucht eine Außenpolitik, die sich an unserer gewachsenen Verantwortung und an unseren nationalen Interessen orientiert, nicht an rot-grüner Ideologie und falsch verstandenem Pragmatismus. Wir brauchen heute Antworten auf die neuen außenpolitischen Herausforderungen, bei der Gestaltung der europäischen Friedensordnung ebenso wie in den transatlantischen Beziehungen.

Wir wollen gemeinsam gewinnen

„Blauäugig rein, kopflos drin, krachend raus“ – so kann man Politik für unser Land nicht erfolgreich gestalten. Wir wollen in den vor uns liegenden Monaten wieder in die Offensive gehen. Wir erwarten dabei vom Bundestagspräsidenten, dass er die Parteifinanzen der SPD genauso akribisch unter die Lupe nehmen lässt, wie er es bei uns macht. Wir treten an aus der Opposition und weit entfernt von Waffengleichheit beim verfügbaren Geld für Wahlkämpfe und für die Werbung in den Medien. Aber wir haben die besseren politischen Konzepte, und wir haben überzeugende und überragende Persönlichkeiten, mit denen wir Wahlen gewinnen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird Ihnen, lieber Erwin Teufel, und mit Ihnen den Freunden in Baden-Württemberg, wir werden Christoph Böhr in Rheinland-Pfalz und unseren Freunden dort jede Hilfe und Unterstützung zukommen lassen.

Wir wollen gemeinsam gewinnen und wir wollen bereits im nächsten Jahr zeigen: Für Rot-Grün und ihr chaotische Politik gibt es in Deutschland keine Mehrheit mehr.

LAURENZ MEYER:

Jetzt die Grundlagen für die Kampagnenfähigkeit im **Jahr 2002** legen

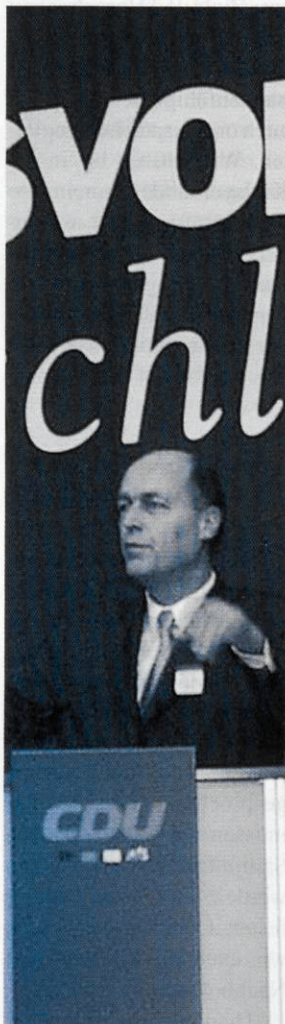
*Meine Damen
und Herren!*

Liebe Parteifreunde!

Ich habe mich sehr darüber gefreut – ich will das gleich vorweg sagen –, dass Angela Merkel mich als Generalsekretär vorschlägt. Das Vertrauen, das darin zum Ausdruck kommt, ehrt mich sehr. Falls Sie mich wählen, ist es für mich eine große Ehre, mich mit voller Kraft in die Arbeit zu stürzen. Ich bin der Vorsitzenden dankbar für diesen Vorschlag. Ich werde sie nach Kräften, wie ich es auch schon vorher getan habe, unterstützen.

Wir müssen gemeinsam erreichen, dass sich der Ruck fortsetzt, der in den vergangenen Monaten eingesetzt hat. Wir müssen optimale Voraussetzungen schaffen, um bei der nächsten Bundestagswahl eine Chance zu haben. Dann – und nicht vorher – können wir überlegen, wer unser Kandidat ist. Ich werde Angela Merkel bei ihren Vorhaben nach besten Kräften unterstützen.

Ich bin Ruprecht Polenz ausgesprochen dankbar für



99 Prozent oder 99 von 100 Delegierten haben in geheimer Wahl ihre Stimme für Laurence Meyer abgegeben und ihn als neuen Generalsekretär der CDU bestätigt.

die Art und Weise, wie wir in der Zeit des Übergangs die Arbeit gemeinsam gemacht haben. Vielen Dank, Ruprecht.



Parteireform:
Wir wollen die Rechte der Mitglieder stärken

Angela Merkel hat vorhin die inhaltliche Erneuerung der CDU angesprochen.

REDE DES
GENERALSEKRETÄRS
VOR SEINER WAHL
AUF DEM „KLEINEN
PARTEITAG“ IN
STUTTART AM
20. NOVEMBER

chen. Wir sind in vielen Bereichen weiter, als wir es selbst gedacht hätten. Wir müssen die Dinge diskutieren: ob dass die Ergebnisse der Sozialstaatskommission, die Christian Wulff geleitet hat, oder die Ergebnisse der Kommission zum Verhältnis Bürger und Staat sind, die Christa Thoben geleitet hat. Es liegen außerdem erste Vorstellungen zur Parteireform auf dem Tisch.

Wir haben abgesprochen, dass ich den Vorsitz in der Parteireformkommission von Ruprecht Polenz übernehmen werde. Die Arbeiten werden fortgeführt. Wir brauchen eine umfassende Parteireform. Die Rechte der Mitglieder sollen gestärkt werden. Wir werden im Wettbewerb mit der SPD zeigen, wer hier wirklich innovativ ist.

Ich wundere mich immer darüber, dass Herr Müntefering so große Töne spuckt. Er hat im eigenen Landesverband bei zwei Wahlkämpfen hintereinander fürchterlich einen drauf gekriegt und ist mit seiner Parteireform in Nordrhein-Westfalen sozusagen vor die Pumpe gelaufen. Das ist also nun wirklich kein Grund, große Töne zu spucken. Der Generalsekretär, den er vorgeschlagen hat, ist noch nicht einmal bis zur Wahl gekommen. Auch insofern sind wir – wir sind ja jetzt bei der Wahl – ein gutes Stück weiter.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir müssen die Grundlagen für die Kampagnenfähigkeit im Jahre 2002 jetzt legen. Wir dürfen damit nicht zu spät anfangen. Es kommt nicht nur darauf an, Kampagnen aus dem Boden

zu stampfen. Kampagnen kann man nur machen, wenn in der Bevölkerung die entsprechende Bereitschaft vorhanden ist und wenn unsere Ziele und Vorgaben mit denen der Bevölkerung übereinstimmen. Die Kampagnenfähigkeit muss man auch organisatorisch begleiten. Wir müssen bis in die Kreisverbände hinein so weit kommen, dass wir innerhalb von zwei Wochen eine Kampagne durchziehen können. Ich glaube, dass wir in diesem Punkt noch Nachholbedarf haben.



Wir müssen verstanden werden

Es geht mir auch besonders um die Sprache, mit der wir die Dinge ansprechen. Ich habe versucht, diese Feststellung in den Auspruch zu kleiden: Wir müssen nicht alles nachreden, was an den Stammtischen gesprochen wird. Aber wir müssen wenigstens an den Stammtischen verstanden werden. – Nach meiner festen Überzeugung haben wir auch in diesem Punkt Nachholbedarf.

Themen gibt es genug, die wir noch zusätzlich aufgreifen müssen. Angela Merkel hat das Thema Soziale Marktwirtschaft auf-

genommen. Sie hat sich dazu – Sie haben das entsprechende Papier auf den Tischen liegen – sehr ausführlich geäußert. Wir müssen auch diesen Bereich vorantreiben.

Ich nenne Ihnen die Zielgruppe, die für mich bei unserer Politik im Vordergrund stehen muss: Unsere Politik muss auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Wirtschaft ausgerichtet sein, die sich nicht selbst helfen können und die nicht die großen Fürsprecher in den Verbänden haben. Ich will Ihnen die Definition für Mittelstand sagen, damit alle wissen, worüber wir sprechen: Mittelstand sind all die Unternehmen in Deutschland, bei denen der Staat nicht eingreift, wenn sie kaputtgehen.

Für diese Unternehmen ist die CDU der Ansprechpartner. Wir müssen die Menschen bei diesem Prozess mitnehmen und ihre Ängste ernst nehmen. Das ist Soziale Marktwirtschaft mit menschlichem Gesicht.

Wenn wir über die langfristige demographische Entwicklung reden – Friedrich Merz hat dies eben angesprochen –, dann müssen wir sagen, dass neben der Zuwanderungspolitik auch die Familienpolitik steht.

Insbesondere stellt sich die Frage, was wir für Familien mit Kindern tun. Auf diesem Kleinen Parteitag über die Bildungspolitik – wir werden nachher über die einzelnen Punkte diskutieren – stellen sich Fragen hinsichtlich der Schule: Wie müssen wir uns einstellen auf den Ganztagsunterricht und auf die Kinderhorte? Wie stehen wir zu gesicherten Schulzeiten in der Grundschule? Wir müssen ferner die Frage stellen: Was ist mit Rente und Steuern? Brauchen wir nicht ein Erziehungsgeld für Familien?

Die Wirtschaft nicht aus ihrer Verpflichtung entlassen

Wir dürfen aber auch die Wirtschaft nicht aus ihrer Verpflichtung entlassen. Wenn sie Zuwanderung will, dann muss sie auch alles tun, um Familien mit Kindern das Zusammengehen von Familie und Beruf zu ermöglichen. In diesem Punkt müssen wir klare Anforderungen an die Wirtschaft stellen.

Lassen Sie mich, liebe Parteifreunde, aus dem Themenstrauß der Bildung, über den wir nachher sprechen werden, einen Punkt herausgreifen – er droht unterzuge-

hen –, der besonders wichtig ist. Wir sprechen in der CDU immer gerne von der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung: akademischer Bildung mit dem Abschluss Hochschuldiplom und beruflicher Bildung mit dem Abschluss Meisterprüfung. Wenn uns das aber wirklich ernst ist, dann muss ich die Frage stellen, warum man in Deutschland unbegrenzt lange auf Kosten des Steuerzahlers studieren kann, aber die Meisterprüfung selbst bezahlen muss. Das ist eine Frage, die wir beantwortet haben wollen.

Wir haben gute Chancen. Die Regierung ist wieder auf dem Stand vom Sommer 1999 angekommen. Die Fehler werden sichtbar, und zwar genau in dem Stadium, in dem die CDU sich wieder gefangen hat. Die Regierung hat offensichtlich über Monate von der Schwäche der CDU profitiert. Die Regierung hat, wie man in den verschiedenen Themenbereichen sieht, kein Konzept. Sie betreibt eine sehr opportunistische Politik. Ich will dazu sagen: Es ist auch eine kalte Politik, die Herr Schröder hier betreibt. Die Politik ist opportunistisch und kalt. Bei der Ökosteuer werden die Bürger jetzt zum 1. Januar 2001 schon wieder ge-

schöpft. Es wird davon geredet, man würde die Rentenbeiträge senken.

Rot-Grün kassiert an der Tankstelle für die Rente

Dabei wird bei uns in Deutschland als einzigem Land der Welt an der Tankstelle für die Rente kassiert. Das ist ein unglaublicher Vorgang. Das muss man auf die Rentenbeiträge, die angeblich gesenkt werden sollen, draufrechnen. Deutschland ist das einzige Land in der Welt, wo man die Rentenbeiträge an der Tankstelle bezahlen muss. So weit sind wir gekommen.

Im nächsten Frühjahr werden die vielen Hunderttausende, die Millionen von Mietern in Deutschland ihre Nebenkostenabrechnungen bekommen, in denen sich die gestiegenen Energiepreise niederschlagen werden. Man kann den Mietern in Deutschland nur zurufen: Leute, legt euch heute schon einmal ein Sparbuch an, damit ihr keinen großen Schrecken kriegt und nicht überrascht seid, wenn ihr eure Nebenkostenabrechnungen im Frühjahr bekommt. Auf dieses Sparbuch könnt ihr am besten draufschreiben:

Sparbuch für Fehler der Regierung Schröder in Berlin.

Aus all dem wird ganz deutlich: Die Ökosteuern muss weg. Sie darf nicht durch neue bürokratische Maßnahmen wie Zuschüsse oder Kilometerpauschale ersetzt oder ergänzt werden. Bürokratie schafft neue Bürokratie. Hier sieht man dies ganz deutlich.

Schröders Politik ist opportunistisch und kalt

Die Kälte und der Opportunismus, mit denen regiert wird, sieht man insbesondere in den Bereichen Rente und Gesundheitsreform. Die Regierung trampelt doch auf den Bürgern, auf der Gefühlslage der alten Menschen und der Kranken, herum, die nicht mehr wissen, was sie in zehn Jahren für eine Rente bekommen, oder die nicht wissen, ob sie bei ihrer schweren Erkrankung ihr Medikament noch bekommen. Wie kann man nur so kalt und ohne Rücksicht auf die Menschen Politik machen? Es muss nach zwei Jahren endlich Schluss mit dieser Quälerei der Menschen sein. Wir rufen deshalb: Aufhören, basta!, wie wir das in unserer Aktion gesagt haben.

Die rot-grüne Regierung kann es nicht

Die Bürger merken: Die Regierung kann es nicht. Rot-Grün kann es nicht. Am besten hat man es beim Rücktritt von Herrn Klimmt gesehen. Die ganzen Vorgänge sind mehrfach hinlänglich geschildert worden. Ein Aspekt ist mir noch wichtig. Ich finde die Kälte, mit der der Bundeskanzler dieses Personalproblem letztlich bewältigt hat, unglaublich. Erst rät man Herrn Klimmt, den Strafbefehl anzunehmen. Dann rät man Herrn Klimmt, nachdem die Öffentlichkeit darauf nicht reagiert, Widerspruch gegen den Strafbefehl einzulegen. Am dritten Tag rät man Herrn Klimmt dann, endlich zurückzutreten. Meine Damen und Herren, die Kälte, mit der hier Politik gemacht wird, ist an Zynismus kaum zu übertreffen, insbesondere wenn Herr Schröder anschließend sagt: Ich habe Herrn Klimmt Zeit zum Überlegen gegeben. – Diese Kälte, in der hier mit den Menschen umgegangen wird – der Betreffende mag sich noch so viel zuschulden kommen lassen haben –, ist

erschreckend und wirft ein schlimmes Licht auf den Bundeskanzler.

Unser Hauptgegner ist die SPD. Es sind nicht irgendwelche kleinen Parteien, egal woher. Ich rufe der SPD zu: Wir werden uns die Rüpeleien der SPD, die hier stattfinden, nicht länger gefallen lassen. Wir werden sie uns nicht länger gefallen lassen!

SPD-Finanzgebaren endlich prüfen lassen

Lassen Sie mich ein Wort zu den SPD-Finzen sagen. Friedrich Merz hat das Stichwort vorhin schon gegeben. Jetzt steht fest, dass die SPD ihre Finanzrechnung über Jahre von Wirtschaftsprüfern, die mit der SPD verquickt waren, hat prüfen lassen. All die anderen Fragen – die Buchungen, wohin das Geld geflossen ist, ob es auf Treuhandkonten geflossen ist, wie es eingesetzt worden ist – sind zusätzlich zu klären. Die Buchungen kann der Einzelne nicht nachvollziehen. Er hat keinen Zugang zu den Buchungsvorgängen. Wenn aber jemand einen Wirtschaftsprüfer beschäftigt, der nicht völlig unabhängig ist, wirft das einen schlimmen Verdacht auf den, der das tut.

Liebe Freunde, deshalb fordern wir Herrn Schröder und Herrn Müntefering auf, die Finanzen und das Finanzgebaren der SPD endlich durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer prüfen zu lassen, wenn man sich nicht weiter dem Verdacht aussetzen will, dass hier viel mehr zu verbergen ist, als man bisher vorgegeben hat.

Ich habe bestimmte Erfahrungen aus NRW. Anfang dieses Jahres hat Herr Müntefering einmal in einem Nebensatz die Bemerkung fallen lassen, ob die Kommunalwählerfolge der CDU in NRW denn nicht wohl auch mit schwarzen Kassen erkaufte worden seien. Meine Damen und Herren, ich habe ihm daraufhin angeboten, CDU und SPD – beide zusammen – sollten vor der Presse doch die Finanzrechnungen der beiden Landesverbände offen legen. Wir haben das im März getan. Die SPD hat bis heute keine einzige Zahl auf den Tisch gelegt. Sie hat bis heute alles verheimlicht und will den Teppich darüber legen. Meine Damen und Herren, wir lassen uns diese Scheinheiligkeiten der SPD nicht länger gefallen.

Man muss schon erkennen: Hier ist von Herrn Müntefering und Herrn Schröder sowie anderen kübelweise

Schmutz über die CDU gekippt worden, um von den eigenen Dingen abzulenken. So sehe ich das aus heutiger Sicht, wenn nicht endlich etwas getan wird.

Nur wenn wir zusammen stehen, gewinnen wir

Wir haben eine gute Führungsmannschaft mit einer glaubwürdigen Parteivorsitzenden Angela Merkel und mit klarer Linie. Wir haben einen Fraktionsvorsitzenden, der in schwieriger Phase gute Arbeit macht. Wir haben ein Verhältnis zur CSU, das im Moment besser nicht sein könnte. Jeder von uns weiß: Keiner kann allein Wahlen gewinnen. Nur wenn wir geschlossen alle zusammenstehen, können wir Wahlen gewinnen. Ich habe eine Bitte an alle: Es kann doch auch einmal möglich sein, dass jemand ein Interview zu dem Kommentar eines anderen gibt. Meine Bitte ist, dass man dann einmal anruft und fragt, was er überhaupt gesagt hat. Das sollte doch möglich sein.

Liebe Freunde, die CDU ist zurzeit – so habe ich es in einem Interview einmal gesagt; ich glaube, das ist ein gutes Bild – eine unterbewertete Aktie. Lasst uns ge-

meinsam alles tun, dass diese Aktie im Kurs wieder steigt. Ich will noch dazu sagen: Arbeit muss auch Spaß machen. Der Bürger will keine Politiker, die mit Trauermiene – wie Trauerklöße – herumlaufen. Ich freue mich auf die Arbeit, die auf mich zukommt. Alle müssen mitarbeiten. Ich bitte Sie in diesem Sinne um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung.

Neue Wege

Das Schulsystem leidet unter einer aufgeteilten Verantwortung. Inhalte, Personal und Aufsicht erledigen die Länder. Gebäude, Ausstattungen und Schülerzuteilung managen die Schulträger. Diese Struktur aufzuheben, ist einer der Ansätze der CDU, die in Stuttgart diskutiert wurden. Noch heute leiden die Schulen unter der Experimentierwut einer Generation, die unter dem Stichwort „antiautoritäre Erziehung“ ihrer Ideologie freien Lauf ließ. Kinder aber haben einen Anspruch auf Bildung und Erziehung und nicht auf grenzenlose Freiheiten. Auch daran erinnert die CDU mit ihrer „Offensive für Bildung“. Sie geht neue Wege, ohne bewährte Strukturen anzutasten.

Generalanzeiger, Bonn

Aufbruch in die **lernende** Gesellschaft – Motor und Quelle für Wettbewerbsvorteile

Bildung und Erziehung gehören zu den großen Kulturleistungen einer Gesellschaft. In ihnen spiegelt sich das Verständnis von Tradition und Modernität wieder. Wer über Bildung und Erziehung spricht, der spricht über die wertvollen Grundlagen unseres Gemeinwens; der spricht über das, was Identität stiftet und zum Zusammenhalt einer Gesellschaft beiträgt.

Wer gesellschaftliche Modernisierung für notwendig hält – und das tun wir –, der muss zukunftsfähige Perspektiven für Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung entwickeln.

Unser Verständnis vom Menschen als selbständiger Person und unser Wille zur Modernisierung prägen die Bildungs- und Wissenschaftspolitik der CDU. Wir orientieren uns nicht an Ideologien, nicht an den Interessen von Institutionen und besitzstandwahrenden Gruppen, sondern an Kindern und Jugendlichen. Die Bildungspolitik der CDU bricht eine Lanze für Kinder und Ju-



gendliche, damit sie in unserer Gesellschaft ernst genommen werden und sich entfalten können. Niemand darf zum Modernisierungsverlierer werden, und keiner soll seine Talente verstecken müssen. Kinder und Jugendliche stehen im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik.

Wir wissen, dass pädagogische Arbeit wertvoll und zugleich schwierig ist. Wir wissen, dass Schulen nur erfolgreich sein können, wenn ihre Arbeit gesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung findet.

Erziehung stärken

Wer die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu selbständigen Persönlichkeiten will, der darf Erziehung nicht vernachlässigen,

der muss Erziehung stärken. Und der muss die stärken, die Erziehung leisten – in unseren Familien, in den Schulen und in der Jugendarbeit. Deshalb beschimpfen wir nicht Lehrerinnen und Lehrer, sondern zollen ihnen Respekt und Anerkennung für ihre Arbeit.

Wir stellen uns dem Wettbewerb um eine bessere Bildungspolitik. Wir wollen einen Wettbewerb um die besseren Schulen,

**REDE DER STELL-
VERTRETENDEN
PARTEIVORSITZEN-
DEN UND BADEN-
WÜRTTEMBERGI-
SCHEN KULTUS-
MINISTERIN ZUR
EINBRINGUNG
DER NEUEN
BILDUNGSPOLI-
TISCHEN LEITSÄTZE
AUF DEM „KLEINEN
PARTEITAG AM
20. NOVEMBER
IN STUTT GART**

die besseren Hochschulen und die bessere Weiterbildung. Wir wollen den Wettbewerb um geeignete Wege

in eine lernende Gesellschaft des 21. Jahrhunderts.

Im Rahmen dieses Wettbewerbs beobachten wir seit Jahren: Sozialdemokraten versuchen mit Ideen von gestern das Bildungswesen für morgen zu gestalten. Mit den Ideen der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts lässt sich nicht Bildungs- und Wissenschaftspolitik im 21. Jahrhundert gestalten. Sie reden von Qualität und bauen weitere Gesamtschulen. Sie verweigern vergleichbare Schulabschlüsse. Sie wollen verhindern, dass aus internationalen Vergleichsstudien auch nationale Vergleiche gezogen werden können. Sie lassen damit zu, dass die Schulen immer mehr ins Gerede kommen und gefährden die Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation.

Grundlegender Wandel bei der Schaffung von Wohlstand

Wer über Bildungspolitik am Beginn des 21. Jahrhunderts spricht, der muss über den grundlegenden Wandel in der Schaffung von Wohlstand sprechen. Wie ein roter Faden zieht sich durch unseren bildungspolitischen Leitanspruch die Überzeugung: Bildung,

Erfindungsgabe und die Organisation neuer Technologien – das sind die Quellen von Wohlstand; das sind die eigentlichen und einzigen Wettbewerbsvorteile am Beginn des 21. Jahrhunderts. Neue Bedingungen für die Schaffung von Wohlstand und neue Bedingungen für gesellschaftliche Entwicklung werden wir nur dann schaffen können, wenn wir unser Bildungswesen modernisieren; weit über das hinaus, was wir schon erreicht haben.

Aufbruch in eine lernende Gesellschaft – das ist unsere Antwort auf die neue Quelle von Wohlstand und Entwicklung, auf Bildung und Erziehung im 21. Jahrhundert.

Wer über Bildungspolitik am Beginn des 21. Jahrhunderts spricht, der muss auch über den demographischen Wandel sprechen. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung wird in den kommenden 30 Jahren von heute 40 Jahre auf mindestens 46 Jahre steigen. Der Bevölkerungsanteil der über 60-jährigen, der heute bei 21% liegt, wird im Jahre 2030 auf etwa 35% anwachsen.

Die neuen Bedingungen für die Schaffung von Wohlstand und für gesellschaftliche Entwicklung führen dazu, dass der Lernbedarf

der gesamten Gesellschaft wachsen wird. Deshalb ist unser Leitbild die lernende Gesellschaft. Lebensbegleitendes Lernen gehört für die CDU zum Verständnis vom Menschen. Es bedeutet Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit. In einer älter werdenden Gesellschaft müssen Lernende unabhängig von ihrem Lebensalter unterstützt und neue Anreize für ein lernfreundliches Klima geschaffen werden.

Erziehung geht nicht ohne Werte

Wenn wir über Bildung sprechen, dann reden wir nicht nur über technokratische Konzepte. Wir reden nicht nur von Köpfen. Wir sind davon überzeugt, dass Bildung nicht nur eine Frage des Kopfes, sondern auch eine Frage des Herzens ist. Deshalb sagen wir: Bildung geht nicht ohne Erziehung, und Erziehung geht nicht ohne Werte.

Daraus ergibt sich der enge Zusammenhang von Bildung und Kultur. Junge Menschen wachsen heute in eine Gesellschaft hinein, die mehr und mehr Teil einer europäischen Gesellschaft sein soll. Unser ehemaliger Bundespräsident Roman Herzog hat festgestellt: „Es

ist ein Irrtum, Europa primär als einen Begriff der Politik oder gar der Ökonomie zu begreifen. Das, was uns Europäer zunächst einmal eint, ist unsere gemeinsame Kultur.“ Kultur ist eine Quelle für Vertrauen und Identität. Sie ist eine Quelle für innerer Souveränität.

Die Vermittlung kultureller Erfahrungen und Güter gehört für uns wesentlich zu den Leistungen des Bildungswesens. Deshalb heißt es in unserem Leitanspruch: „Das Bildungswesen leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Vollendung der Deutschen Einheit, zum Aufbau eines vereinten Europas und zur Integration von Ausländern und Aus-siedlern in die deutsche Gesellschaft.“

Zur kulturellen Bildung in Schule und Hochschule gehört für uns die Beschäftigung mit der Substanz unseres Grundgesetzes und unserer Rechtsordnung, mit den Prinzipien des freiheitlichen Denkens, der Rationalität, der kritisch-analytischen Wissenschaft, der vernunftgeleiteten Wertorientierung und der christlichen Lebensgestaltung. Das schafft Verbindungen zu den Grundwerten europäischer Kultur: „In diese Grundwerte europäischer Kultur muss jede Schule die jungen Menschen

einführen, die den Anspruch erheben will, für das Leben in Europa tauglich zu machen“ – so Hubert Markl, der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft. Das ist uns deshalb so wichtig, weil für die Christlich Demokratische Union eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe die Förderung von kultureller Teilhabe, politischer Mündigkeit und einer beruflichen Perspektive für alle durch qualifizierte Bildung und Ausbildung ist. Junge Menschen haben einen Anspruch darauf, dass wir ihnen sagen, was unser Gemeinwesen – in Deutschland und in Europa – trägt und prägt.

Für Religionsunterricht an öffentlichen Schulen

Deshalb setzen wir uns auch für den Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen ein. Das ist im Vergleich zu vielen europäischen Nachbarn zugegebenermaßen ein Sonderweg. Aber dieser Sonderweg hat sich in Deutschland bewährt. Gerade hat eine bundesweite Studie, die im September in Berlin vom Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz vorgestellt wurde, gezeigt, dass der Religionsunterricht bei Schülern und Schülerinnen

beliebt ist und einen festen Platz in unseren Schulen hat. Hier geht es um mehr als um Werte im Allgemeinen. Hier geht es um die Begleitung junger Menschen in ihrer religiösen Entwicklung in unseren Schulen. Weil wir die Partei sind, die sich in den vergangenen 50 Jahren konsequent für das Schulfach Religion eingesetzt hat, deshalb sagen wir in unserem Leitanspruch auch, dass wir Wege prüfen wollen, wie auch ein islamischer Religionsunterricht möglich ist. Dazu müssen grundgesetzliche Voraussetzungen erfüllt sein. Damit sind viele Fragen verbunden, auf die wir noch keine endgültigen Antworten haben. Dazu muss auch im innerislamischen Dialog noch Konsens erzielt werden, den es bislang nicht gibt. Wir haben in unseren Leitanspruch aufgenommen, was wir diesbezüglich bereits im Integrationspapier des CDU-Bundesvorstandes beschlossen haben, das im Jahre 1999 unter Leitung von Jürgen Rüttgers erarbeitet wurde.

Wir sprechen im Leitanspruch von der „Bildung für den ganzen Menschen“. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche mit musischen, mit gestalterischen, mit praktischen Talenten zum Zuge kommen. Niemand

darf zum Modernisierungsverlierer werden. Deshalb wollen wir, dass die SPD Schluss damit macht, die Hauptschule kaputt zu reden. Damit schadet sie nicht nur einer Schulart. Sie schadet vor allem den Schülerinnen und Schülern. Merkmal einer von uns verantworteten Bildungspolitik ist die Förderung und Investition in die Hauptschule. Wo das geschieht, arbeiten Hauptschulen pädagogisch vorzüglich, auch solche, die unter ungewöhnlich schwierigen pädagogischen Bedingungen arbeiten. Gerade dort ist der pädagogische Fortschritt am ehesten zu finden. Hier sind weitere Ganztagesangebote, Schulsozialarbeit, Schuljugendarbeit und die Kooperation mit der Jugendhilfe wichtig und bedarfsgerecht auszuweiten. Wir fordern im Leitanspruch eine neue Bewertung des praktischen Lernens in allen Schularten. Es darf nicht nur der gefördert werden, dem Theorie, Modell und Abstraktion liegen. Kinder und Jugendliche sind nicht einfach mehr oder weniger begabt. Sie haben unterschiedliche Begabungen. Die Leistungsfähigkeit eines Bildungswesens zeigt sich darin, die Unterschiedlichkeit der Begabungen zu erkennen und entsprechend

unterschiedliche Lernkonzepte anzubieten. Auch deshalb ist die Hauptschule mit ihrem spezifischen Lernkonzept in unserem vielfältig gestalteten Bildungswesen unverzichtbar.

Eltern und Schule müssen zusammenarbeiten

Wir setzen uns für neue Modelle der Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule ein. Wir stärken Schülermentorenausbildungen, Streitschlichterprogramme, Maßnahmen zur Gewaltprävention und die Zusammenarbeit von Schule und Jugendbildung.

Unsere Leitsätze enthalten neue Impulse für die Lehrerbildung. Sie ist der Schlüssel für die erzieherische Kraft der Schule. Deshalb fordern wir ein ethisch-philosophisches Grundlagensstudium als Teil der Lehrerbildung, wie wir es gerade in Baden-Württemberg eingeführt haben. Der pädagogische „Ernstfall“ muss im Mittelpunkt der Lehrerbildung stehen. Theorie und Praxis müssen, z. B. durch die Einführung eines Praxissemesters, besser miteinander verzahnt werden.

Bildungsreformen in Deutschland müssen inter-

nationalen Maßstäben gerecht werden. Deshalb wollen wir die Fremdsprache bereits in der 1. Klasse unserer Grundschulen. Deshalb wollen wir, dass man in Deutschland zügiger studieren kann und bereits nach 12 Jahren das Abitur machen darf. Wir wollen einen verantwortlichen Umgang mit der Lebenszeit junger Menschen.

Die OECD hat 1989 in ihrem internationalen Bericht darauf hingewiesen: „Qualität von Schule gehört heutzutage zu den höchsten Prioritäten in allen OECD-Mitgliedsländern. Und das wird zweifellos auf absehbare Zeit so bleiben.“ Die 90er Jahre waren für die Bildungspolitik kein leichtes Jahrzehnt. Die Lage der öffentlichen Haushalte hat drastische Sparmaßnahmen notwendig gemacht. In dieser Zeit konnte sehr genau beobachtet werden, welche Prioritäten in unseren Ländern gesetzt werden. Wir haben alle, egal wer regiert, manches Wünschenswerte nicht umsetzen können. Aber in Zeiten steigender Schülerzahlen in den alten Bundesländern konnte auch beobachtet werden, wo mit Priorität in das Bildungswesen investiert wird. Gerhard Schröder hat in dieser Zeit nicht nur Lehrer beschimpft; er hat über Jahre keine neuen

Lehrerstellen geschaffen. Er hat als niedersächsischer Ministerpräsident vielmehr jede durch Pensionierung frei werdende 2. Lehrerstelle gestrichen. Und Stillstand bei der Lehrereinstellung hat es in vielen SPD-regierten Ländern gegeben. Das schwächt Schulen. In Baden-Württemberg wurden im gleichen Zeitraum alle freiwerdenden Lehrerstellen besetzt und über 5.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Wer den Aufbruch in die lernende Gesellschaft will, der darf nicht Lehrerstellen streichen, der muss in Zeiten steigender Schülerzahlen Lehrerstellen schaffen.

Weiterbildung ist Wachstumsbranche

Der Aufbruch in eine lernende Gesellschaft verlangt verstärkte private und öffentliche Investitionen in die Weiterbildung. Sie ist eine Wachstumsbranche. In den letzten 15 Jahren hat sich die Zahl der Menschen, die Weiterbildungsangebote wahrnehmen, verdoppelt. Nahezu die Hälfte aller erwachsenen Deutschen bildet sich aktiv weiter. Wie kein anderer Bildungsbereich ist die Weiterbildung von der privaten Initiative geprägt. Das ist gut

so. Wir wollen keine zusätzliche staatliche Reglementierung, sondern mehr Anreiz und bessere Rahmenbedingungen für den Weiterbildungsmarkt.

Wir bekennen uns zur Pluralität der Träger in der Weiterbildung und zum damit verbundenen Prinzip der Subsidiarität.

Weiterbildung darf kein Privileg von Führungskräften sein. Sozial schwache und sogenannte „Lernschwache“ dürfen nicht von der Weiterbildung ausgeschlossen bleiben. „Allgemeine Teilhabe am lebenslangen Lernen wird deshalb zunehmend zu einer Frage des sozialen Ausgleichs. Wir wollen keine staatlich verordnete Weiterbildungspflicht, sondern Chancen zum lebenslangen Lernen für alle.“

Unsere Expertenanhörung über Zukunftsperspektiven der Weiterbildung hat deutlich gemacht, dass wir in diesem Bereich Transparenz und Qualitätsstandards brauchen. Öffentliche Förderung und Anreizsysteme zur vermehrten Nutzung von Weiterbildungs- und Beratungsangeboten müssen mit Verbraucherschutz verbunden werden. Deshalb heißt es in den Leitsätzen: „Die CDU fordert die Gründung einer un-

abhängigen ‘Stiftung Bildungstest’ für Transparenz, Offenheit, Qualität und Verbraucherschutz in der Weiterbildung. Sie soll anerkannte Standards in der Weiterbildung durchsetzen.“

Jugendliche haben einen Anspruch darauf, das Richtige zu lernen

In der lernenden Gesellschaft müssen alle öffentlichen Bildungsinstitutionen konsequent auf dieses Leitbild ausgerichtet werden. Sie müssen Brücken bauen zum lebenslangen Lernen. Sie schaffen zukünftig Grundlagen für individuelle Lernprozesse und selbstgesteuertes Lernen. Schließlich gilt es jene Wege der Weiterbildung besonders zu fördern, die eine Chance für Männer und Frauen bieten, die sich vorwiegend ihrer Familie widmen. „Weiterbildungsangebote sollen familienfreundlich gestaltet werden und für den möglichen Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Familienzeit vorbereiten.“

Wenn der Wiedereinstieg in den Beruf kein bloßes politisches Postulat sein soll, dann müssen sich alle Träger der Weiterbildung an solchen Angeboten beteiligen.

Die CDU hat in den vergangenen 30 Jahren konsequent am dualen System der beruflichen Bildung festgehalten. Auch hier sollten wir kein Kurzzeitgedächtnis haben. Es gab Zeiten, da stand auf den Titelseiten großer Wochenzeitungen: „Ausbildung im Betrieb ist Ausbeutung.“ Die SPD hat das damals dankbar aufgenommen, um ihre schulpolitischen Vorstellungen durchzusetzen. Heute wissen wir: Die beste Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit ist die Kooperation von Schule und Betrieb im Rahmen der dualen Bildung. Viele Unternehmen haben eingesehen, dass mit dem Abbau von Arbeitsplätzen nicht gleichzeitig Ausbildungsplätze abgebaut werden dürfen. Wir haben in Baden-Württemberg in den letzten 3 Jahren kontinuierliche Steigerungsraten. Wir haben alleine in den letzten 3 Jahren die Zahl der Ausbildungsplätze in der Informatik versechsfacht.

Die notwendige Korrespondenz zwischen Bildungssystem und Beschäftigungssystem nimmt Betriebe und das öffentliche Schulwesen in die Pflicht. Wir richten unsere schulische Arbeit nicht an den Interessen der Wirtschaft aus, wie uns dies manches Mal vorgeworfen wird. Aber wir sind davon überzeugt, dass

Jugendliche einen Anspruch darauf haben, das Richtige richtig zu lernen im Blick auf die nächste Phase ihrer Bildung und Ausbildung.

Deshalb sind wir davon überzeugt, dass die Hochschule stärker in Modelle dualer Ausbildung einbezogen werden müssen und Berufsakademien dafür erfolgreiche Vorreiter sind.

Deshalb sind wir auch der Überzeugung, dass die Einführung des Meister-BAföG ein großer Fortschritt war und von der jetzigen Bundesregierung nicht als Sparbüchse missbraucht werden darf. Wir fordern eine nachhaltige Weiterentwicklung und Aufstockung des Meister-BAföG.

Deshalb halten wir die Abstimmung der Bedürfnisse von Betrieben und Schulen für notwendig und sind davon überzeugt, dass gemeinsame Ausbildungsordnungen und Prüfungen die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen erhöhen.

Konzepte der beruflichen Bildung betreffen zwei Drittel aller Jugendlichen. Hier entscheiden sich in besonderer Weise berufliche Zukunftsperspektiven. In keinem Bereich unseres Bildungswesens arbeiten Bil-

dung und Wirtschaft so kontinuierlich zusammen wie in der beruflichen Bildung.

Die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg und Bayern

Konzepte der beruflichen Bildung müssen attraktive Wege für begabte Jugendliche ebenso anbieten wie für diejenigen, die sich schwer tun. Je nach Vorbildung und Leistung der Auszubildenden muss die Ausbildungsdauer flexibilisiert werden. Wir brauchen innerhalb der dualen Ausbildung mehr Differenzierungsmöglichkeiten je nach Leistungsstärke der Auszubildenden. Die Humanität und Leistungsfähigkeit eines Bildungswesens erweist sich auch darin, jenen eine Chance zu geben, die sich mit den überall erhöhten Anforderungen in unseren Ausbildungen schwer tun. Wo die Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Schule klappt, da profitieren Jugendliche. Nicht umsonst haben Baden-Württemberg und Bayern die europaweit niedrigsten Jugendarbeitslosigkeitsquoten. In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ist die Jugendarbeitslosigkeit bis heute doppelt so hoch wie in

Bayern und Baden-Württemberg. Auch das muss gesagt werden. Die Sozialdemokraten **reden** von den Zukunftschancen der jungen Generation. Wir **schaffen** nachhaltige Zukunftsperspektiven.

In der Hochschule der Zukunft: Wettbewerb um Studierende

Der Wissenschaftsstandort Deutschland ist besser als sein Ruf. „Die Einheit von Forschung und Lehre war die Voraussetzung für die Erfolgsgeschichte der Deutschen Hochschule seit Humboldt.“ Klar ist aber auch, dass unsere Hochschulen jetzt Reformen brauchen, die ihnen Gestaltungsspielräume zur Profilierung geben. „Kurz- und mittelfristige Zweckorientierung in Forschung und Lehre darf die nachhaltige Pflege kultureller Traditionen und die naturwissenschaftliche wie auch geisteswissenschaftliche Grundlagenforschung nicht einschränken.“ Wer heute Hochschulen reformiert, der muss auch nach der Lage der Studierenden in unseren Hochschulen fragen. Es kann nicht sein, dass Studierende immer größere und unüberschaubar werdende Hochschulen erleben, in denen sie

als Personen nicht wahrgenommen werden, sondern in der Masse untergehen.

„Mehr Qualität der Hochschulen braucht mehr Wettbewerb, mehr Wettbewerb braucht mehr Freiheit.“ – Das war die einhellige Überzeugung aller Experten bei unserer Anhörung. Hochschulen brauchen nicht mehr Verbote, Anordnungen und zentrale Vorgaben. An die Stelle von Detailsteuerung und Fachaufsicht der entsprechenden Ministerien muss zunehmend eine strategische Hochschulpolitik treten. Wir setzen uns für ein differenziertes System von Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen, Musik- und Kunsthochschulen sowie Berufsakademien ein. Das differenzierte System fördert den Wettbewerb. Kein Hochschultyp darf in seiner Entwicklung behindert werden. Wir begrüßen auch die Gründung privater Hochschulen und bekennen uns zugleich zur öffentlichen Verantwortung für das Bildungswesen.

In der Hochschule der Zukunft soll es nach unserem Verständnis auch den Wettbewerb um Studierende geben. Wir wissen, dass die Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen

sich nicht von heute auf morgen abschaffen lässt. Aber wir müssen geeignete Wege finden, wie künftige Studierende ihre Hochschule und die Hochschulen ihre Studierenden selbst auswählen können. Das bestehende System zur Festlegung der Zahl der Studienplätze soll durch Hochschulverträge ersetzt werden.

Mehr Durchlässigkeit zu den Hochschulen

Eine differenzierte Hochschullandschaft verlangt mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung, Berufsakademien, Fachhochschulen und Universitäten. Es kann nicht so sein, dass Studierende, die ein volles Studium an einer Berufsakademie mit großem Erfolg absolviert haben, im gleichen Fach an der Universität am Punkt Null beginnen müssen.

Wir setzen uns dafür ein, dass rechtliche und administrative Hindernisse für ausländische Studierende und Nachwuchswissenschaftler in Deutschland abgebaut werden.

Das Studium an einer Hochschule in Deutschland muss für ausländische Studierende attraktiv sein. Abschlüsse müssen international vergleichbar sein.

Wir brauchen ein modernes Konzept der Bildungsfinanzierung

Wer im Jahr 2000 Leitsätze zur Hochschulpolitik schreibt, kann der Frage nach Wegen zu einem zukunftsweisenden Gesamtkonzept der Bildungsfinanzierung nicht ausweichen. Das betrifft die Mittelzuweisungen an die Hochschule ebenso wie die Studienfinanzierung und die Begabtenförderung. Wir wollen bessere finanzielle Bedingungen für unsere Hochschulen im internationalen Wettbewerb und auch für die Studienfinanzierung. Es darf nicht sein, dass immer mehr Jugendliche aus sozial schwachen Familien vom Studium abgehalten werden, das aber ist die Entwicklung in den letzten Jahren. Wer das stoppen will, der muss mittel- und langfristig sagen, welche Verbesserungen notwendig sind. Wir wollen keine isolierte Debatte über Studiengebühren. Deshalb heißt es im Leitantrag ausdrücklich: „Die Finanzierung des Studiums und des Lebensunterhalts der Studierenden muss so gestaltet werden, dass Studienwillige nicht vom Studium abgeschreckt und Studierende nicht zum Er-

werb durch Nebentätigkeiten gezwungen werden.“

Ich bin aber zugleich davon überzeugt, dass die mittel- und langfristige Sozialverträglichkeit des Studienfinanzierungssystems nur bewahrt werden kann und die Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre nur gelingen kann, wenn wir ohne Tabus über künftige Bildungsfinanzierung sprechen. Deshalb haben sich die Unions-regierten Länder gegen einen Staatsvertrag zum Thema Studiengebühren ausgesprochen. Wir müssen bei diesem Thema auch sehr genau die Lage in den neuen Bundesländern bedenken. Wir stehen dazu, erst am Beginn der Debatte über zukunftsfähige Konzepte zu stehen. Wir sind davon überzeugt, dass wir uns dieser Debatte nicht entziehen können und mit den beteiligten Hochschulen und ihren Organisationen hierzu in den nächsten Jahren das Gespräch suchen müssen.

Wir brechen eine Lanze für Kinder und Jugendliche

Der Aufbruch in die lernende Gesellschaft betrifft alle gesellschaftlichen Gruppen und Menschen in jedem Lebensalter. Er ist ein

Schlüssel für die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Er ist als Motor für kulturelle, soziale und ökonomische Entwicklungen die entscheidende Quelle für Wettbewerbsvorteile. Und: Er entscheidet über die Zukunftschancen der jungen Generation.

Junge Menschen nehmen Bildung, Ausbildung und berufliche Perspektiven ernst. Sie erwarten von uns, dass wir mehr tun für qualifizierte Bildung und Ausbildung.

Junge Menschen in Deutschland haben bei allen Wahlen der letzten beiden Jahre viel Vertrauen in die Christlich Demokratische Union gesetzt. Dieses Vertrauen müssen wir erhalten und ausbauen. Die Christlich Demokratische Union muss eine Lanze für Kinder und Jugendliche in unserer Gesellschaft brechen. Wir setzen Signale für eine bessere Bildungspolitik. Wir lassen sie nicht im Stich bei ihrem Bemühen, selbständig zu werden, diese komplizierte Welt und unübersichtliche Zeit zu durchschauen und Veränderungen aktiv zu gestalten. Die Christlich Demokratische Union bleibt die große und moderne Volkspartei, die ein überzeugender Partner der Jugend ist. **UD**

Das Internet mit dem realen Parteileben verknüpft

Insgesamt beteiligten sich etwa 500 CDU-Mitglieder aktiv am ersten Internet-Parteitag der CDU. Die zur Diskussion und Abstimmung gestellten Fragen orientierten sich eng an der Antragslage zum Kleinen Parteitag.

Islamischer Religionsunterricht

Mit über 70 Diskussionsbeiträgen gehört die Frage nach der Einführung von Islamischem Religionsunterricht zu den kontroversesten Themen des Internet-Parteitages. Mit einem Abstimmungsergebnis von 57 % zu 43 % fand sich aber eine deutliche Mehrheit zugunsten der Einführung eines solchen Unterrichtsfaches.

Aus der Diskussion: *Der Islam ist nach dem Christentum die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Deutschland. Wenn man es ernst nimmt mit der Integration im Rahmen einer Leitkultur, aber ohne Aufgabe der eigenen kulturellen und religiösen Wurzeln, dann müssen die muslimischen Kinder*

In Deutschland leben etwa drei Millionen ausländische Mitbürger muslimischen Glaubens. Zu einem Großteil sind sie türkischstämmig. Nicht ausschließlich, aber vor allem um sie geht es bei der Frage, ob auch für Kinder und Jugendliche islamischen Glaubens Religionsunterricht an den Schulen in unserem Land erteilt werden soll.

- An deutschen Schulen soll islamischer Religionsunterricht eingerichtet werden, wo Eltern und Religionsgemeinschaften dies wollen und wenn die einschlägigen Gesetze und Vorschriften eingehalten werden: **57 %**
- Es soll an deutschen Schulen keinen eigenständigen islamischen Religionsunterricht geben: **43 %**

selbstverständlich die Möglichkeit haben, Islam-Unterricht zu erhalten.

■ *Islamunterricht an Schulen führt nicht zur Integration ausländischer Schüler, sondern eher zur Ausgrenzung, weil sämtlichen Schülern einer Schule öffentlich vor Augen geführt wird, dass sich zwei kulturell unterschiedliche Gruppen gegenüberstehen, die allein durch die Tatsache des separaten Unterrichtes als miteinander unvereinbar angesehen werden können.*

■ *Was in Schulen stattfinden muss, ist ein Ethikunterricht als Pflichtfach (!), in dem jungen Menschen gemeinsam (!) und unabhängig von irgendwelchen religiösen*

Bekanntnissen Werte vermittelt werden müssen. Religionsunterricht muss alleinige Sache der Kirchen sein und nicht die des Staates.

Studiengebühren

Fast ebenso umstritten ist die Frage nach der möglichen Einführung von Studiengebühren. Unter den knapp 70 Diskussionsbeiträgen finden sich zahlreiche Äußerungen von Studentinnen und Studenten.

Aus der Diskussion: *Außerdem sollte man bedenken, dass sich die Zahl der Studienabbrecher durch die Einführung von Studiengebühren erhöhen wird, da schon heute*

Klar ist: Auch in Zukunft darf die Möglichkeit, ein Studium zu absolvieren, nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Hierüber besteht in der CDU Konsens. Geklärt werden muss, ob dies die Einführung von Studiengebühren ausschließt. Folgende Positionen stehen zur Entscheidung:

- Es soll geprüft werden, ob Studiengebühren unter der Voraussetzung der Sozialverträglichkeit durch ein breit angelegtes Stipendien- und Darlehenssystem zur Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre beitragen können: **30 %**
- Das Erststudium soll für die Dauer der Regelstudienzeit gebührenfrei bleiben: **56 %**
- Ein generelles Verbot von Studiengebühren ist abzulehnen. Die Entscheidung über die Einführung von Studiengebühren muss bei den Bundesländern verbleiben: **14 %**

ca. 10 % der Abbrecher dies aus Geldnöten tun.

■ Was nichts kostet, wird schlecht genutzt. Wenn auch nur ein Teil der Kosten fürs Studium bezahlt werden muss, wird effektiver studiert.

■ Studiengebühren sind ein Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung, für ein funktionsfähiges Bildungssystem ohne Benachteiligungen sozial Schwacher zu sorgen.

■ Bildungspolitik hat nämlich auch dafür zu sorgen, dass niemandem aus finanziellen Gründen das Studium verwehrt bleibt.

■ Die Beteiligung an den mit der Unterhaltung einer Hochschule – und damit des Studiums – verbundenen Kosten erscheint mir nicht unbillig. Durch ein System der Förderung werden zudem durchaus Leistungsanreize geschaffen.

Fremdsprachen- unterricht

Generell sind sich die Teilnehmer darüber einig, dass Fremdsprachenunterricht eher beginnen soll, als

es im derzeitigen Schulsystem erfolgt. Vielen erscheint es wichtig, dass die Heranführung an Fremdsprachen zunächst spielerisch erfolgen sollte.

Aus der Diskussion: *Das Vorschulalter soll m.E. via Kindergärten Grundzüge des menschlichen Miteinanders vermitteln. In dieser Phase sollte keinerlei „Leistungsdruck“ ausgeübt werden. Ab dem ersten Schuljahr kann dann zunächst mit der spielerischen Einübung einer Fremdsprache mündlich begonnen werden.*

■ Bin mir nicht sicher, ob die Zweisprachigkeit von Anfang an gut ist. Gefühlsmäßig würde ich sagen, Schule, die ein Kind stark fordert, sollte in den ersten 2 Jahren eher spielend an den

Junge Menschen erlernen Fremdsprachen besonders leicht. Deswegen sollte nicht zu viel Zeit verschenkt werden, bis in den Schulen ein kindgerechter und anwendungsorientierter Fremdsprachenunterricht einsetzt. Die CDU ist deshalb dafür, schon früher als heute üblich mit dem Erlernen einer Fremdsprache zu beginnen. Es ist aber noch zu klären, zu welchem Zeitpunkt mit dem Fremdsprachenunterricht begonnen werden soll:

- Schon in der vorschulischen Erziehung soll mit der Einführung einer Fremdsprache begonnen werden: **23 %**
- Der Fremdsprachenunterricht soll in der Grundschule beginnen: **28 %**
- Der Fremdsprachenunterricht soll in Klasse 1 der Grundschule einsetzen: **11 %**
- Der Fremdsprachenunterricht soll in Klasse 3 der Grundschule einsetzen: **38 %**

Ausbildungsbetrieb heranzuführen und dabei nicht allzuweit vom Elternhaus wegzuführen. Diesen Anpassungsprozess mit einer zusätzlichen Sprache zu befrachten, könnte problematisch sein.

■ *Die Frage, wann ein Fremdsprachenunterricht konkret beginnen soll, muss sich nach pädagogischen Erkenntnissen richten, daher befürworte ich den frühest sinnvollen Zeitpunkt und überlasse den Beginn den Fachleuten.*

■ *Der Fremdsprachenunterricht ist in unserer globalen Wirtschaft sehr wichtig!!! Aber zuerst sollte man den Kindern rechnen, lesen und schreiben beibringen. Problematisch sehe ich auch die Durchführung des Unterrichts, z.B. bei uns in Nordrhein-Westfalen, da hier schon das Bildungsangebot sehr zu wünschen lässt. Unterrichtsausfall ist hier der Standard!!!*

Abitur nach 12 Jahren

Die weit überwiegende Mehrheit der Teilnehmer hat sich für eine Verkürzung der Schulzeit ausgesprochen. In keinem einzigen Wortbeitrag wurde eine Beibehaltung/Einführung des Abiturs nach 13 Jahren gefordert. Allerdings haben

Deutschlands Schüler und Studenten sind bei ihren Abschlüssen oft zu alt. Um im internationalen Vergleich mithalten zu können, müssen wir die Ausbildungszeiten straffen. Dazu gehört es auch, die Schulzeit bis zum Abitur zu verkürzen. Geklärt werden muss, wie allgemeinverbindlich diese Regelung sein soll:

- Es soll ein flächendeckendes Angebot eines achtjährigen gymnasialen Bildungsganges in allen Bundesländern geben: **30 %**
- Es soll in allen Bundesländern nur noch das Abitur nach acht Jahren Gymnasium angeboten werden: **47 %**
- Die Schüler sollen wählen können, ob Sie das Abitur nach 12 oder 13 Schuljahren ablegen wollen: **23 %**

viele Teilnehmer darauf verwiesen, dass die Frage nach Inhalten und Ausrichtung des Unterrichts wichtiger sei als die reine Dauer der Schulzeit.

Aus der Diskussion: *Eine Wahlmöglichkeit für den Schüler bzw. die Schülerin, ob er/sie den Abschluss nach 12 oder 13 Jahren machen möchte, sollte es nur in einer Übergangszeit geben, bis das Abitur nach 12 Jahren als Standard eingeführt ist.*

■ *Der Anspruch an eine Leistungsgesellschaft wird meines Erachtens im 13. Schuljahr nicht erfüllt. Viel zu viel freie Zeit!*

■ *Dass man mit fragwürdiger erscheinenden Fächerkombinationen heutzutage in D Abitur machen kann, zeigt um so mehr, dass es die zu vermittelnden Bildungsinhalte (!) sind, die man zunächst überdenken und*

diskutieren sollte, bevor man handelt.

■ *Bildungspolitik sollte ganz klar in das Ressort des Bundes fallen und nicht mehr von den Ländern bestimmt werden können. Nur so kann meiner Meinung nach ein einheitlicher Standard in Deutschland geschaffen werden.*

Grußwort an den Kleinen Parteitag:

„Der Internet-Parteitag hat bewiesen, dass die CDU diskutieren kann und trotzdem geschlossen auftritt. Wir hoffen, Ihnen bezüglich der zur Diskussion stehenden Fragen einen wichtigen Beitrag für Ihre Beratungen geliefert zu haben, der mehr ist als ein bloßer Stimmungsbericht von der Basis.“

Jürgen Lennartz für das Diskussionsforum des Mitgliedernetzes

KAMPAGNE „BÜRGER MACHEN STAAT“

Laurenz Meyer: Wir müssen **engagierte** Menschen stärker fördern

Generalsekretär Laurenz Meyer hat am 22. November in Berlin die Kampagne für das Ehrenamt „Bürger machen Staat“ vorgestellt. Mit dieser Aktion beteiligt sich die CDU am „Internationalen Jahr der Freiwilligen“, das die UNO für 2001 ausgerufen hat. „Es geht darum, bessere Bedingungen für ehrenamtliches Engagement zu schaffen und zugleich ehrenamtliches Engagement zu fördern“, unterstrich Meyer.

Obwohl es statistisch betrachtet um das Ehrenamt in Deutschland nicht schlecht bestellt sei, zeige die Entwicklung in eine bedenkliche Richtung: Vor allem ältere Menschen und im sozialen Bereich überwiegend Frauen würden sich ehrenamtlich engagieren. „Das liegt zum Teil daran, dass sich die gesetzlichen Bestimmungen verschlechtern und damit das Ehrenamt in hohem Maße beschädigt haben“, erklärte der Generalsekretär. Deshalb fordere die CDU, die 630-Mark-Regelung für ehrenamtlich Tätige, beispielsweise in

Sportvereinen oder bei der Freiwilligen Feuerwehr, sofort wieder einzuführen.

Außerdem plädierte der Generalsekretär dafür, konkret darüber nachzudenken, wie engagierte Menschen



besser gefördert werden könnten. In diesem Zusammenhang schlug er vor, ehrenamtlich tätigen Studenten bei Bewerbungen um Auslandssemester Bonuspunkte einzuräumen.

Um die Diskussion auch in den eigenen Reihen zu beleben, beabsichtige die CDU in der Kampagne „Bürger machen Staat“, einen „**CDU-Bürger-Preis**“ für ehrenamtliches und freiwilliges Engagement auszuschreiben. Dieser Preis werde in drei Kategorien vergeben. Als Sonderpreis setze die CDU zusätzlich den „**CDU-E-Communi-**

nity-Preis“ für neue Formen der Bürgerbeteiligung und Politikvermittlung im Internet aus. In diesem Zusammenhang stellte Meyer klar, dass nur immaterielle Preise verliehen werden sollen.

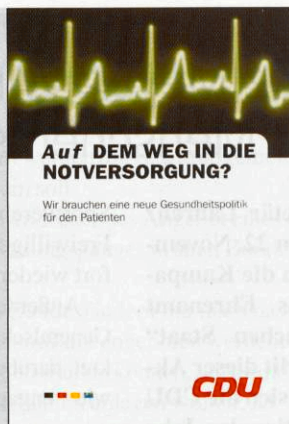
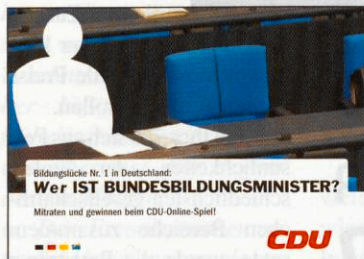
Eine Jury, die sich aus Persönlichkeiten der unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereiche zusammensetze, werde die Preisträger ermitteln: Bereits zugesagt hätten Friede Springer, Rupert Neudeck und Johannes B. Kerner. Aus den Reihen der CDU hätten Wissenschaftsministerin Dagmar Schipanski und der Gelsenkirchener Oberbürgermeister Oliver Wittke gewonnen werden können.

Laurenz Meyer wies darauf hin, dass die CDU parallel zu ihrem Bürgerpreis die Aktion „**Hut ab vor Ihrem Mut**“ starte. Hierbei gehe es vor allem darum, Zivilcourage auszuzeichnen. Als Beispiele nannte er zwischenmenschliche Hilfe in Notsituationen ohne politischen Hintergrund, aber auch spontane Unterstützung, wenn ein Mensch wegen seiner Hautfarbe oder Herkunft angegriffen werde. **UID**

Broschüre „Auf dem Weg in die Notversorgung“

Bestell-Nr.: 5697

Preis: je 50 Expl. 26,00 DM



Postkarte „Wer ist Bundesbildungsminister“ Das CDU-Online Gewinnspiel.

Bestell-Nr.: 9696

Preis: je 100 Expl. 15,00 DM



Postkarte „Gute Karten“ Schlechte Karten“

Bestell-Nr.: 9695

Preis: je 100 Expl. 15,00 DM



Broschüre „Bildungsvorsprung für Deutschland“ Die Bildungsoffensive der CDU-Deutschland

Bestell-Nr.: 2686

Preis: je 100 Expl. 35,00 DM

Hier sind die Geschenke

CDU-Scooter



Bestell-Nr.: 9673
Preis: 170,00 DM

Regenschirm



Bestell-Nr.: 9658
Preis: 15,00 DM

Baseball-Cap



Bestell-Nr.: 9656
Preis: 9,00 DM

CDU-Capless-Roller



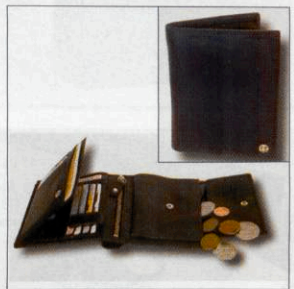
Bestell-Nr.: 9655
Preis: 10,00 DM

CDU-Buntstifte



Bestell-Nr.: 9250
Preis: 34,00 DM (10-Pack)

Ledergeldbörse



Bestell-Nr.: 9584
Preis: 39,90 DM

Seemannsrucksack



Bestell-Nr.: 9661/blau
Bestell-Nr.: 9662/gelb
Preis: 34,00 DM/je Expl.

CDU-Handy-Sessel



Bestell-Nr.: 9659/orange
Bestell-Nr.: 9660/blau
Preis: 7,00 DM/je Expl.

Ledergeldbörse-klein



Bestell-Nr.: 9585
Preis: 19,00 DM



Nützliche Dinge für Ihre Weihnachtsaktionen

Advents- und Weihnachtslieder



CDU



**Das Jahr neigt sich dem Ende zu. Die Tage werden kürzer,
und langsam wächst die Vorfreude auf das Weihnachtsfest.
Gerade in dieser Zeit gibt es alle Jahre wieder**

sinnvolle Aktionen für Ihren CDU-Verband:

Glühweinverkauf:

Verkaufen Sie den Glühwein z.B. zum Preis von 5,- DM incl. Tasse. Die Tasse kann nach dem Genuß des Glühweins behalten werden. An ihrem Stand fällt dadurch kein Müll an.

Einpack-Service für Weihnachtsgeschenke

Hierzu eignen sich das neue Geschenkpapier und das neue Geschenkband sowie die ovalen Glanzaufkleber

Weitere Ideen:

- Aufbewahrungsdepot für Weihnachtseinkäufe
- Adventssingen
- Weihnachtsfeiern mit Kaffee und CDU-Gepäck
- Bastel-Nachmittage für Weihnachtsschmuck
- Christstollen und CDU-Plätzchenessen
in der Fußgängerzone



■ Glühwein-Tasse

Bestell-Nr.: 9514

Verpackungseinheit: 6 Tassen,

Preis je 6 Tassen: 25,80 DM

■ Flaschentasche (blau oder rot)

Bestell-Nr. rot: 0305

Bestell-Nr. blau: 0304

Verpackungseinheit:

1 Set à 25 Expl.

Preis je Set: 27,50 DM

■ Geschenkpapierrolle (blau oder rot)

Format: 10m x 75cm

Bestell-Nr. rot: 0303

Bestell-Nr. blau: 0302

Verpackungseinheit: 1 Rolle

Preis je Rolle: 14,90 DM

■ Siegelmarke

Bestell-Nr.: 0307

Verpackungseinheit:

1 Rolle à 100 Aufkleber

Preis je Rolle: 7,50 DM

■ Schleifenband

Bestell-Nr.: 0306

Verpackungseinheit:

1 Rolle à 25m

Preis je Rolle: 11,90 DM

■ Weihnachtsliederbuch

Bestell-Nr.: 2867

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 24,75 DM

■ Weihnachts-CD

Bestell-Nr.: 9300

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Expl.: 7,00 DM

■ Ausstechformen-Set

Bestell-Nr.: 9109

Verpackungseinheit: 10 Sets

Preis je 10 Sets: 17,00 DM



Union Betriebs (UD)
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche
Entgelt bezahlt.


2600-5-42720AKV

167/ 49
G 8457

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Postfach 12 60

53730 Sankt Augustin

Weihnachtslieder

Bleiben Sie gesund! Ihre **CDU** 

Herausgeber: CDU Bundesgeschäftsstelle Klingelhöferstraße · 10785 Berlin · www.cdu.de · post@cdu.de
Telefon 030/22070-0 · Telefax 030/22070-111 · 10/1100 · Bestell-Nr. 9698

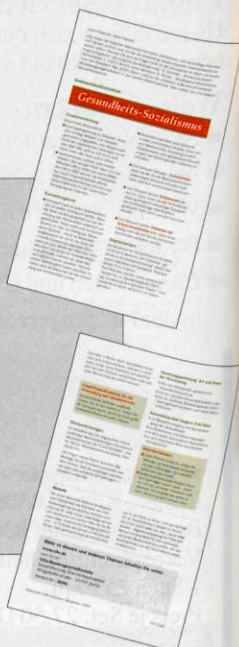
Gesundheits-Sozialismus

CDU-Medikamentenschachtel
Nachgebaute Medikamentenschachtel
mit einem Beipackzettel, warum die
Rot-Grüne Gesundheitspolitik mehr
Gesundheits-Sozialismus als Dienst
am Patienten ist.

Bestell-Nr.: 9698

Verpackungseinheit: 10 Expl. 15,00 DM

Alle Preise gelten zuzüglich MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen



**BESTELL-
ANSCHRIFT**

IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Telefax 02524/911310
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de